

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Frankreich:

Von wegen Bähnler-Privilegien Seite 7

Nachtarbeit in neuem SBB-Tunnel gestoppt

Durchbruch

Unia

für die

Bundesrichter zeigen dreister Gleisbau-Bude die rote Karte.

Das Urteil und seine Bedeutung:

Seite 3

Achtung, Wasser-Diebe!

Konzerne reissen sich unser Wasser unter den Nagel. Seiten 8-9



Ruag-Munition für Putschisten?

Waffenschmiede des Bundes plant Fabrik in Brasilien. Seite 5

Achtung, Schnüffler!

AHV, Krankenkasse usw.: Spitzel bedrohen uns alle. Seite 10

Adieu Öl? Scheich unter Strom

Warum die Saudis 200 Milliarden Dollar in Solarkraftwerke investieren. Seite 4



workedito
Oliver Fahrni

VIVE LA FRANCE!

Wächst der Spargel, zieht es manche in die Provence. Eine Schweizer Tradition. Der eine oder die andere schaut auch in Marseille vorbei. Heini hatte sich angekündigt, aber er blieb in Lyon hängen. Eisenbahnerstreik. «Fürchterlich», sagt er am Telefon, «da hat Frankreich zig Millionen Arbeitslose, und diese Leute streiken für ihre Privilegien.» Heini ist Unia-Mitglied. Eigentlich ein kritischer Kopf.

Sie kam mit dem letzten Zug. Beim Pastis sagt sie: «Frankreich ist so rebellisch. So chic. Und doch

Was ist gegen akzeptable Löhne zu sagen?

so rückständig. Die Leute wehren sich gegen jede Reform.» Pam arbeitet beim Fernsehen. Ich habe ihr ein

bisschen von der Realität der Eisenbahner erzählt. Sie fand, ich sei wohl schon «ziemlich gut integriert».

VON WEGEN PRIVILEGIEN. Es sei denn, man halte Löhne zwischen 1800 und 2900 Franken für Schicht- und Nachtarbeit und eine Pensionierung nach 42 Dienstjahren in der fünftreichsten Ökonomie der Welt für Zustände wie im «Schlaraffenland» (NZZaS). work hat ein bisschen genauer hingeschaut (Seite 7).

Und von wegen Reformstau: Jede französische Regierung seit 1981 hat das Arbeitsrecht mindestens einmal umgebaut, und das Eisenbahnerstatut ist eine Dauerbaustelle. Genauer gesagt, eine Abbruchstelle. Denn was die neoliberale Propaganda «Reformen» nennt, fährt immer nur in die eine Richtung. Am Ende geht es 90 Prozent der Bevölkerung schlechter.

VON WEGEN SKANDAL. Viele Berufsleute in Frankreich chrampfen zu noch mieseren Löhnen als die Bähnler und Bähnlerinnen. Nur: Was ist eigentlich gegen halbwegs akzeptable Arbeitsbedingungen zu sagen? Der wahre Skandal liegt darin, dass Präsident Emmanuel Macron den Reichen und den Konzernen Milliarden schenkt, die Arbeitenden aber drücken will. Volkswirtschaftlich ist das absurd. Sozial sowieso. Ein Streik ist da noch das mindeste. Das neoliberale Reformgerede, das seit 30 Jahren auf uns einprügelt, arbeitet mit dem sozialen Ressentiment. Bähnler Benjamin Cattiau, seit 14 Jahren bei der SNCF, sagt es so: «Jene, die 150 000 verdienen, wollen denen, die nur 1500 bekommen, einreden, das Problem seien die, die 2000 verdienen.» Diese Propaganda richtet mächtige Verheerungen in den Köpfen an. Nicht nur bei Heini und Pam. Vive la grève!

Genf: Logistik-Mitarbeitende streikten für einen Tag Dicke Luft am Cern

Schlechte Löhne, eine krasse Entlassung: Jetzt haben die Logistiker die Nase voll.

CHRISTIAN EGG

Es war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte: Das renommierte Genfer Forschungszentrum Cern schasste einen 59-jährigen Logistikmitarbeiter. Auf dreiste Art und Weise, wie Umberto Bandiera von der Unia Genf erklärt: «Wir haben die Kündigung als missbräuchlich angefochten.» 17 der 26 Logistikerinnen und Logistiker am Cern traten darauf einen Tag lang in den Streik. Frühmorgens stellten sie sich am Haupteingang auf und verteilten Flugblätter.

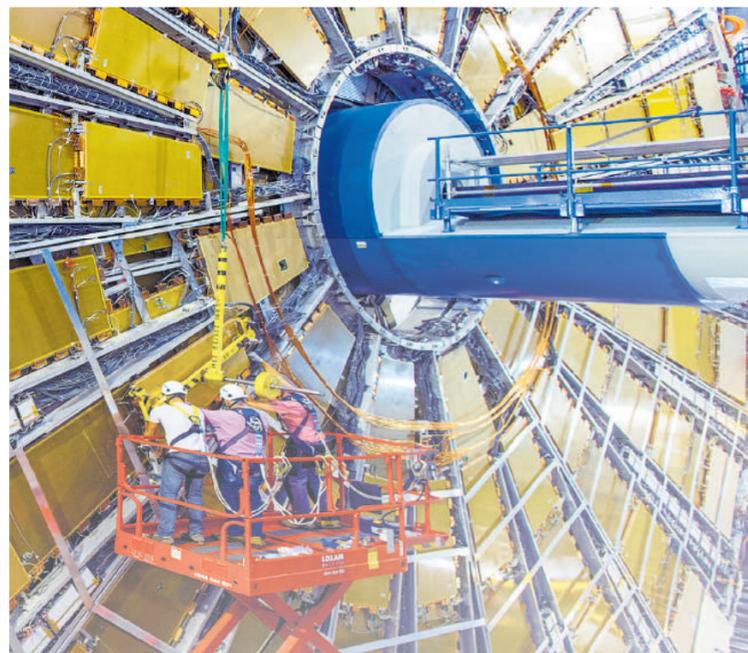
JOBS IN GEFAHR

Sie liefern intern Pakete und Ersatzteile aus, zum Teil auch gefährliches Material. Angestellt sind sie aber nicht vom Cern, sondern von der dänischen Gebäudeunterhaltungsfirma ISS. Und genau das ist Teil des Problems: Wie andere öffentliche Betriebe hat auch das Cern vor einigen Jahren entschieden, Bereiche wie die Logistik auszulagern. Mit dem Resultat, dass jetzt bei jeder Ausschreibung die Anbieter die Preise und damit die Löhne drücken. So hat ISS kürzlich am Flughafen Genf einen Auftrag an die Securitas verloren. Das hat die Beschäftigten im Cern weiter verunsichert: Sollte ISS auch den Cern-Auftrag verlieren, stehen ihre Stellen auf dem Spiel.

DROHUNGEN

Die Angestellten wollen, dass die Unia darüber mit der ISS-Leitung spricht. Auch über ihre Anstellungsbedingungen. Zum Beispiel arbeiten sie 40 Stunden pro Woche – erhalten aber nur einen 90-Prozent-Lohn. Dazu kommen individuelle Ungerechtigkeiten. Stéphanie Froidevaux* sagt: «Ich verlange einen gerechten Lohn und ein klares Pflichtenheft. Seit sechs Jahren verdiene ich nur 3600 Franken brutto, und es wurden in der Zeit mehrere neue Leute angestellt, die viel mehr verdienen.»

Und Didier Muller* fügt hinzu: «Unsere Arbeitsbedingungen verschlechtern sich, wir haben immer mehr zu tun,



STREIKENERGIE: Mitarbeitende im Forschungszentrum Cern in Genf sind unzufrieden. Im Hintergrund ein Detektor des Teilchenbeschleunigers Hadron.

aber seit sieben Jahren keinen Rappen Lohnerhöhung bekommen. Und sobald jemand pieps macht, heisst es, hier ist die Türe, du kannst gehen.» So erging es dem 59-jährigen Arbeiter Jérôme Peroni*: «Letztes Jahr bat ich, wegen Rückenschmerzen in einen anderen Dienst versetzt zu werden. Daraufhin wurde ich entlassen. Dabei hatte ich all die Jahre immer die Prämie von 200 Franken für gute Arbeit bekommen. So schlecht habe ich dann ja wohl nicht gearbeitet.» Die Unia hat die ISS zu einem Gespräch aufgefordert. Doch es kam keine Antwort.

Sie arbeiten 40 Stunden pro Woche, erhalten aber nur 90 Prozent Lohn.

Erst durch den Streik kam Bewegung in die Sache. Auf Anfrage von work sagt ISS-CEO André Nauer, man sei bereit, die Unia zu treffen und ihr auch die Gründe für die umstrittene Entlassung darzulegen: «An der Kündigung halten wir aber fest.» Denn diese sei gut begründet.

Die Unia hat jetzt die Schlichtungsstelle des Kantons Genf angerufen. Auf diesem Weg sollen endlich Verhandlungen zustande kommen. Wenn nicht, sagt Unia-Mann Bandiera, «werden wir wieder streiken».

In Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftszeitung L'Événement syndical
* Namen der Redaktion bekannt

ISS SCHWEIZ AG REINIGUNGS-RIESE

Die Firma ISS Schweiz AG hat ihren Hauptsitz in Zürich, ist aber auch in der Westschweiz und im Tessin tätig. Letztes Jahr beschäftigte sie über 12 000 Mitarbeitende und erwirtschaftete einen Umsatz von fast 800 Millionen Franken.

KONFLIKTE. Die Firma wurde im Jahr 1967 in Genf unter dem Namen Swan Clean als Tochtergesellschaft eines dänischen Security-Unternehmens gegründet. Erster Grosskunde war damals das Cern, wo die heutige ISS zuerst nur die Fenster und bald das ganze Gebäude reinigte. Später kamen Grossaufträge für die Uno in Genf dazu. Heute zählen nebst dem Cern zu den Hauptkunden von ISS die Novartis, die Swisscom sowie die Flughäfen Genf und Zürich. Im Flughafen Genf ist es bereits 2010 zu einer Auseinandersetzung der ISS mit der Unia gekommen.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat die «Steuervorlage 17» durchgerechnet – und lehnt sie ab

Steuerreform: So einfach ginge gerecht

Die neue «Steuervorlage 17» ist fast ganz die alte Unternehmenssteuerreform III. Darum lehnt der SGB sie ab. Und macht einen Vorschlag.

CLEMENS STUDER

Eigentlich wäre es eine ganz einfache Aufgabe: Die Steuerprivilegien für sogenannte Statusgesellschaften sind ein Geschäftsmodell, das keine Zukunft mehr hat. Das Angebot an ausländische Konzerne, ihre Gewinne in die Schweiz zu verschieben, wird vom Rest der zivilisierten Welt nicht länger akzeptiert. Darum müssen diese Privilegien weg. Doch statt einfach diese Piratenpraxis abzuschaffen, zimmerten die Rechten und die Wirtschaftsverbände eine gigantische Steuergeschenkmaschine. Diese hiess USR III – und fiel bei den Stimmenden mit 59,1 Prozent Nein-Stimmen am 12. Februar 2017 durch.

GANZ DIE ALTE. Kürzlich legte SVP-Finanzminister Ueli Maurer eine neue Vorlage vor. Diese nennt er «Steuervorlage 17» – und sie ist fast

ganz die alte USR III. Zur «Kompensation» der Geschenke an die Unternehmen sollen für die Bürgerinnen und Bürger die Kinderzulagen homöopathisch erhöht und soll die sogenannte Heiratsstrafe abgeschafft werden. Ersteres käme nicht einmal allen Kindern zugute. Und von zweitem würden gerade einmal die 80 000 bestverdienenden aller 1 100 000 Ehepaare in der Schweiz profitieren können.

Nach der SP kündigt jetzt zudem der Gewerkschaftsbund (SGB) das Referendum an für den Fall, dass die «Steuervorlage 17» nicht massiv verbessert wird. Verbessert heisst: die Privilegien der Statusgesellschaften abschaffen, ohne Milliardenlöcher in die öffentlichen Kassen zu reissen.

ALTERNATIVE. Berechnungen von SGB-Chefökonom Daniel Lampart zeigen, dass von der Abschaffung der Steuerprivilegien gerade einmal 400 Firmen wirklich betroffen sind. Ihnen könnte man die Privilegien nun weitgehend ersatzlos streichen. Lampart: «Es braucht nur ausreichend lange dauernde Übergangsbestimmungen, die aus Vorsichts-

ILLUSTRATION: SGB, MONTAGE: WORK



STEUERVORLAGE 17: Geschenke für Konzerne auf dem Buckel des Volkes.

gründen ergänzt werden durch spezifische Massnahmen, wie eine enge Patentbox.» So einfach ginge das, wenn man denn wollte. Doch der Bundesrat und die Rechten wollen nicht. Sie möchten die – im internationalen Vergleich – bereits sehr, sehr tiefen Steuersätze für rund 200 000 Unternehmen noch weiter senken und Milliarden-Steuerfälle provozieren.

Die ganze Analyse zum Nachlesen: www.rebrand.ly/steuerreform.



Bahntunnel Genf: Richter stoppen unnötige Nachtarbeit Unia setzt Gesundheitsschutz durch



DURCHBRUCH: Arbeiter freuen sich über den Tunneldurchstich auf der Bahnstrecke zwischen Genf und Annemasse (Frankreich) im Oktober 2015. FOTO: KEYSTONE / SYMBOLBILD

Nachts arbeiten, nur wegen Termindrucks? Das geht nicht, sagt das Bundesverwaltungsgericht. Und gibt der Unia rundum recht.

RALPH HUG

Seit 2011 wird bei Genf gebohrt. Die neue S-Bahn ins nahe französische Annemasse ist ein Megaprojekt. 1,8 Milliarden Franken werden dort verbaut. 16 Kilometer geht es meist unterirdisch vom Genfer Bahnhof Cornavin über den Stadtteil Eaux-Vives nach Annemasse (Projekt Ceva). Der «Léman-Express» soll mit fünf neuen Untergrundstationen die Pendlermetropole vom Autoverkehr entlasten. Auch Vorortzüge und TGV sollen der einst freien Durchfahrt über die Grenze haben. Vor anderthalb Jahren lächelte SBB-Chef Andreas Meyer in die Kameras: Der Tunneldurchstich war geschafft. Doch inzwischen dürfte Meyer das Lächeln vergangen sein, denn Einsprachen verzögern das Prestigeprojekt.

UNIA LEGT BESCHWERDE EIN

Ursprünglich sollte es bereits 2017 fertiggestellt sein. Jetzt ist kaum vor Ende 2019 an eine Inbetriebnahme zu denken. Nichts hassen Manager mehr. Deshalb kamen sie auf die Idee mit der

Nachtarbeit. In der aktuellen Etappe wird die feste Fahrbahn im Bahntunnel eingebaut. Die Baubüezer der Rhomberg Bahntechnik AG aus dem vorarlbergischen Bregenz sollten dort einfach rund um die Uhr chrampfen. Ununterbrochen von Montagmorgen bis Samstagabend. Dafür holte Rhomberg 2017 beim zuständigen Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) eine Bewilligung ein.

WEGWEISENDES URTEIL

Dies rief die Unia auf den Plan: Es könne ja wohl nicht sein, dass die Arbeiter nur deshalb rund um die Uhr arbeiten müssten, weil es wegen Einsparungen Verzögerungen gegeben habe. So argumentierte die Gewerkschaft. Der Genfer Bausekretär Yves Mugny fürchtete zudem, dass das mit der gesundheitsschädigenden Nacht-

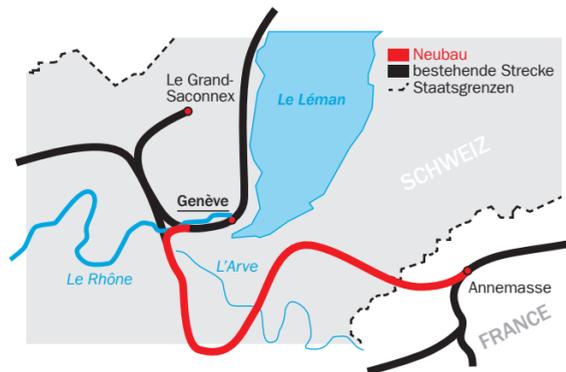
Blosser Termindruck rechtfertigt keine schädliche Nachtarbeit, sagt das Gericht.

arbeit Schule machen könnte. Die Unia legte daher Beschwerde ein. Laut Arbeitsgesetz ist Arbeit zwischen 23 und 6 Uhr verboten. Ausnahmen dürfen nur bei technisch oder wirtschaftlich unentbehrlichen Arbeiten bewilligt werden. Beim Rhomberg-Auftrag sei weder das eine noch das andere gegeben, argumentierte die Unia. Und

hat jetzt recht bekommen. Das Bundesverwaltungsgericht entschied, dass die Bauarbeiter von Rhomberg nachts nicht ausrücken müssten. Die Richter in St.Gallen (1×SVP, 2×CVP) finden klare Worte: «Es liegt weder eine technische noch eine wirtschaftliche Unentbehrlichkeit vor. Die Bewilligung hat Bundesrecht verletzt.»

Dieser Klartext war nötig, weil Rhomberg zu tricksen begann, um die fehlende Unentbehrlichkeit zu begründen. Rhomberg argumentierte, man müsse die Fahrbahn legen können, um Material auf der Schiene in den Tunnel zu transportieren und dort zu lagern. Später sei dies nicht mehr möglich, sonst entstünden «unzumutbare Nachteile».

Darauf fielen die Richter aber nicht herein. Das Zeitfenster sei auch ohne Nachtarbeit einzuhalten, urteilten sie. Und zwar mit Verweis auf Rhomberg selbst. Hatte die Firma doch gar nie mit Nachtarbeit gerechnet. Das Gesuch kam erst, als das Bauprojekt im Verzug war.



MEGAPROJEKT: Direkte Zugverbindung zwischen der Schweiz und Frankreich. GRAFIK: #11

Mit anderen Worten: Blosser Termindruck kann keine schädliche Nachtarbeit rechtfertigen.

Hoherfreut über den Richterspruch ist Unia-Bauchef Nico Lutz: «Das Urteil ist wegweisend. Die Gesundheit der Büezer darf nicht dem Terminplan geopfert werden.» Wobei Lutz betont, dass die Gewerkschaft bei wirklich dringlichen Arbeiten stets Hand zu Lösungen biete: «Dort, wo zum Beispiel eine Bahnlinie ganz unterbrochen werden oder eine Autobahnausfahrt geteert werden muss, stimmen auch wir Nachtarbeit zu.» Doch in letzter Zeit missachteten Unternehmen aus Schlamperei und Profitgründen vermehrt den Gesundheitsschutz der Mitarbeitenden (siehe unten).

Initiative gegen Lohndumping

BERN. Lohndumping grassiert auch im Kanton Bern, wie jüngst mehrere Skandale zeigten. So flog eine Metallbaufirma beim Postparc-Neubau auf, die ihre Arbeiter mit 10 Franken pro Stunde abpeiste. Dasselbe beim Bau der Energiezentrale im Berner Forsthaus. Zuletzt wurde auf der Insspital-Baustelle ein Subunternehmer aus dem Tessin erappt, der seinen Plattenlegern aus Italien bloss 1500 Franken im Monat zahlte. Dagegen sammelt der Berner Gewerkschaftsbund zusammen mit seinen Verbündeten, darunter auch Gewerbler, jetzt Unterschriften. 15 000 müssen es sein bis nächsten September, dann kommt die kantonale Initiative zustande. Sie will Subunternehmerketten bei öffentlichen Aufträgen verbieten. Zulässig ist nur eine einzige Untervergabe. Ein Subunternehmer darf den Auftrag nicht mehr weitergeben. Ausserdem müssen sich alle Firmen verpflichten, die ortsüblichen Löhne einzuhalten. Auch solche, die sonst nicht einem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt sind. Der Chef des bernischen Gewerkschaftsbundes und Unia-Mann Corrado Pardini sagt: Bei Submissionsketten seien die Büezer am Ende die Leid-



FOTO: FOTOLIA

tragenden. Die Geprellten seien aber auch jene Gewerbler, die beim Bieten nicht mithalten könnten. Der Kanton vergibt in Bern jährlich für 1,5 Milliarden Franken Aufträge. Auch die BKW, die BLS oder gewisse Spitäler vergeben Grossaufträge.

23 Franken Mindestlohn

GENEVE. Ein Mindestlohn für alle Beschäftigten im Kanton – das soll nun auch in Genf Realität werden. Der Genfer Gewerkschaftsbund hat eine Volksinitiative lanciert. Niemand soll für weniger als 23 Franken pro Stunde arbeiten müssen. Macht knapp 4100 Franken im Monat bei einer 41-Stunden-Woche. Heute verdienen fast jeder und jede zehnte Betroffene weniger. Schon am 1. Mai will das Komitee die nötigen gut 5000 Unterschriften beisammen haben – das wäre ein neuer Rekord.

Streikwelle in Deutschland

BERLIN. Mehrere Zehntausend Angestellte im öffentlichen Dienst haben in Deutschland gestreikt. Der Höhepunkt der ein- bis zweitägigen Warnstreiks war am 10. April mit rund 60 000 Teilnehmenden. Betroffen seien fast alle Bereiche des öffentlichen Dienstes gewesen, so die Gewerkschaft Verdi: Flughäfen, Spitäler, Tram und Bus, aber auch Wasserstrassen sowie Einrichtungen der Bundeswehr. Die Streikenden fordern Lohnerhöhungen von sechs Prozent beziehungsweise mindestens 200 Euro pro Monat.

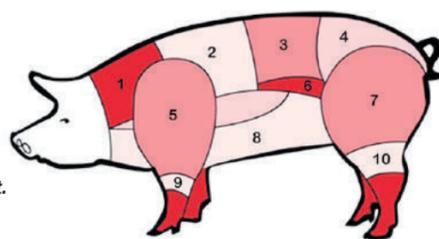
Nachtarbeit: Muss man nachts um drei Uhr Schweinehälften zerlegen?

2007 wollte die Migros in ihrem Schlachtbetrieb Micarna in Courtepin FR Dauernachtschicht einführen. Die Unia legte Beschwerde ein – und gewann vor Bundesgericht. Nachts um drei Schweinehälften zerlegen sei keineswegs dringlich, befand dieses. Der Fall war eine Zäsur.

Allzu sorglos hatte das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) dem Druck der Wirtschaft nachgegeben und belastende Nachtarbeit bewilligt. Nach dem Fall Micarna präziserte das Seco die Bestimmungen. Dennoch

SCHWEINEREI: Die Fleischproduktion ist kein Grund für Nachtarbeit.

FOTO: ZVG



gibt es immer wieder zweifelhafte Bewilligungen. Etwa jene bei Froneri (ex-Frisco) in Rorschach/Goldach SG. Dort baute Nestlé letztes Jahr 55 Arbeitsplätze ab und legte die Produktion von Findusplätzli und Mövenpick-Glace zusammen. Seither wird im

Dreischichtbetrieb gearbeitet. Schädliche Nachtarbeit hat sich in den letzten 15 Jahren ausgebreitet, obwohl sie grundsätzlich verboten ist. Heute arbeiten jeden Tag fast 600 000 Leute oft oder regelmässig auch nach 23 Uhr. Seit Jahren for-

dert der Gewerkschaftsbund deshalb, dass Nachtarbeit durch eine restriktive Bewilligungspraxis begrenzt werde.

HERZPROBLEME. Stress, Burnout, Schlafstörungen, Herzprobleme, Erschöpfung, Angst und Depression wegen der sozialen Isolation sind die Folgen von häufiger Arbeit in der Nacht. Auch die Schweizerische Gesellschaft für Arbeitsmedizin warnt. Präsident Klaus Stadtmüller sagt: «Der Mensch ist ein tagaktives und soziales Wesen, da spielt die Tageszeit der Be-

lastung und der Ruhezeit eine wichtige Rolle.»

Dieser Warnruf ist gerade jetzt wichtig, da Bürgerliche im Parlament zum Angriff aufs Arbeitsgesetz blasen. Mit den Initiativen von Karin Keller-Sutter (FDP) und Konrad Graber (CVP) wollen sie Überstunden, Nachtschichten und Gratisarbeit en masse ermöglichen. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat Widerstand angekündigt und zusammen mit Partnern das Bündnis gegen Burnout und Gratisarbeit lanciert. (rh)

TEMPORÄR-REGELUNG

«NUR VORTEILE FÜR DIE GEMEINDEN»

Die Geschichte des Bauabkommens von Vernier GE reicht ins Jahr 2015 zurück, als in Genf die Maurer protestierten. Daraufhin wurde für den Kanton ein Abkommen ausgehandelt, das eine Obergrenze von 20 Prozent Temporären auf mit öffentlichen Geldern finanzierten Baustellen vorsieht. Jedoch legte der Arbeitgeberverband Swiss Staffing dagegen Rekurs ein. Yves Mugny, Bauverantwortlicher bei der Unia Genf: «Nun ist auf kantonaler Ebene alles blockiert.» Darum arbeitet die Unia Genf nun erst einmal mit einzelnen Gemeinden und Firmen solche Abkommen aus. In der Stadt Genf ist ein Abkommen in Sichtweite. Mit den Gemeinden Meyrin und Carouge laufen Verhandlungen, und mit weiteren Gemeinden ist die Unia im Gespräch.

NACHAHMER. Im Kanton Tessin, wo die Zahl der Temporären ebenfalls sehr hoch ist, sind ähnliche Vereinbarungen in Arbeit. Der Stadtpräsident von Vernier, Yvan Rochat, sieht in dem neuen Abkommen übrigens nur Vorteile: «So haben wir vorbildliche Baustellen ohne Lohndumping. Das kommt auch der öffentlichen Hand zugute. Ich würde das jeder Gemeinde empfehlen!» (sr)



NACHAHMER ERWÜNSCHT: Vernier GE engagiert sich für fairere Arbeitsbedingungen auf dem Bau. FOTO: KEYSTONE/SYMBOLBILD

Baufirmen beschäftigen immer mehr über 50jährige nur noch temporär
Pionier-Vertrag gegen prekäre Arbeit

In Vernier GE dürfen Baufirmen bei öffentlichen Aufträgen nur noch maximal 10 Prozent Temporäre anstellen. Das haben die Stadt und die Unia vereinbart.

SABINE REBER

Alarmierende Zahlen auf dem Bau: Allein im letzten Jahr stieg die Zahl der Temporären bei den über 50jährigen um 20 Prozent! Unia-Bauchef Nico Lutz: «Besonders ausgeprägt ist das Problem in den Grenzkantonen Genf und Tessin.»

Seit Monaten führen die Arbeiter nun auf verschiedenen Genfer Baustellen Protestaktionen durch, unterstützt von der Unia. Der krassste Fall kam letztes Jahr bei der Gestrag AG in Vernier GE ans Licht. Diese Baufirma bereitet das Gelände vor für den Bau des riesigen neuen Quartiers «L'Etang». Yves Mugny, Bauverantwortlicher bei der Unia Genf: «Dort haben wir sage und schreibe 100 Prozent Temporäre gezahlt!»

PREKÄRE LAGE

Im Quartier «L'Etang» sollen für 1,4 Milliarden 1000 neue Wohnungen, drei Hotels, öf-

fentliche Gebäude, eine Tagesklinik sowie Geschäfte und Büros mit insgesamt 2500 neuen Arbeitsstellen entstehen.

Die Unia hat der Gestrag auf dieser Baustelle den «Prix du Fumier 2017» verliehen, den «Mistpreis» für die schlimmste Baustelle. Und sie verlangte, dass die Temporären fest angestellt würden. Unia-Mann Mugny bringt die negativen Auswirkungen der Temporärrarbeit auf den Punkt: «Temporär Beschäftigte werden im Durchschnitt schlechter bezahlt und haben Kündigungsfristen von wenigen Tagen. Sie

«Temporäre werden oftmals geradezu in die Armut getrieben.»

YVES MUGNY, UNIA GENF

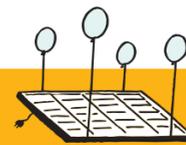
werden oftmals geradezu in eine prekäre Lage getrieben. Auch können sie wegen Beitragslücken ihren Anspruch auf die Frühpensionierung verlieren.» Durch die Protestaktionen wurde die Stadtverwaltung von Vernier aufgeschreckt. Stadtpräsident Yvan Rochat betont, die Stadt lege Wert auf faire Arbeitsbedingungen: «Wir achten seit

Jahren darauf, dass wir ausschliesslich mit Firmen zusammenarbeiten, die die Gesamtarbeitsverträge (GAV) einhalten.» Er habe nichts gewusst von den Zuständen bei der Gestrag, da dies den privaten Teil der Baustelle betreffe. Aber natürlich sei ihm sofort klar geworden, dass da dringender Handlungsbedarf bestehe, sagte er gegenüber work.

ZUKUNFTSWEISEND

Also erarbeitete die Stadtverwaltung mit der Unia zusammen das Abkommen. Es ist das erste dieser Art in der Schweiz. Folgende Regelung ist darin vorgesehen: Firmen ab zwanzig Angestellten dürfen höchstens noch 10 Prozent Temporäre beschäftigen, sonst bekommen sie keine öffentlichen Aufträge mehr. Bei Missachtung gibt es Sanktionen. Unia-Mann Mugny freut sich: «Es ist das erste Mal, dass wir für das gesamte öffentliche Beschaffungswesen einer ganzen Stadt ein Abkommen abschliessen konnten. Unser nächstes Ziel ist es nun, auch für die privaten Baustellen solche Abkommen zu erreichen, um auch dort die Temporären auf 10 Prozent zu beschränken.»

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Mega-Investition: Der Saudi-Prinz geht solar

Mohammed bin Salman, der saudische Kronprinz, und der japanische Multimilliardär Masayoshi Son wollen in Saudiarabien 200 Milliarden Dollar in Solarkraftwerke stecken. Doch: Warum wollen die Saudis dazu noch 16 neue AKW bauen?

Bis 1971 hatten die Frauen in der Schweiz kein Stimmrecht. In Saudiarabien durften die Frauen erstmals 2015 abstimmen. Nächstens sollen sie auch Auto fahren dürfen.

Saudiarabien ist und bleibt ein Nest sunnitischer Wahhabiten (Staatsreligion). An der Verteilung von Macht und Reichtum hat sich bisher wenig verändert, auch nicht im Verhältnis zwischen Frau und Mann. Noch leben die reichen und die superreichen Prinzen von der Unterdrückung der Menschen und von der Ausbeutung fossiler Ressourcen.

Saudiarabien führt im Auftrag der USA regionale Stellvertreterkriege. So wird das einmalig schöne Jemen zurzeit kaputtgebombt. Und das Emirat Katar wird isoliert, weil die Katarer nicht klar genug gegen Iran Stellung beziehen. Als Fluchtburg – für den Fall der Fälle – haben die katarischen Raubritter ihrerseits vorsorglich das Bürgenstock-Resort hoch über dem Vierwaldstättersee ausgebaut.

15 der 19 Attentäter, die 2011 das World Trade Center in New York in Schutt und Asche legten, stammten aus Saudiarabien. Kein Wunder, denn

die Wahhabiten unterstützten so lange islamistische Terroristen, bis diese zu einer Gefahr für das eigene Regime wurden.

MEGAKISTE. Alles im Nahen Osten erinnert etwas an den Dreissigjährigen Krieg, als in Europa Bischöfe, Päpste, Fürsten, Könige und Kaiser die Völker verbluten liessen.

Geschichte ist immer auch widersprüchlich: Der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman und der japanische Multimilliardär Masayoshi Son wollen 200 Milliarden Dollar in Solarkraftwerke stecken. Ist das viel oder ist das wenig? Versuchen wir, uns der Megakiste zu nähern.

Vergleich 1: Die Schweizerische Nationalbank hat ein Vermögen, das fünf Mal grösser ist als diese geplante Mega-Solar-Investition.

Vergleich 2: Saudiarabien will mit einer Investition von 190 Milliarden Franken pro Jahr 500 Milliarden Kilowattstunden produzieren. Acht Mal mehr Strom, als die gesamte Schweiz verbraucht.

Vergleich 3: Bei den bisherigen Ausschreibungen kostet die Kilowattstunde Solarstrom in Saudiarabien nur mehr 1,4 Rappen. Neu soll und wird der Preis pro Kilowattstunde unter einen Rappen sinken, wenn tatsächlich in diesen Dimensionen investiert wird.



ENERGIE UND WAFFEN: Banker Masayoshi Son (links) und Kronprinz Mohammed bin Salman: Für den Strom die Sonne, für die Atombomben die Atomkraftwerke. FOTO: BLOOMBERG/GETTY IMAGES

Vergleich 4: Heute produziert Saudiarabien seinen Strom mit Gas und Öl. Wenn der Umstieg auf Solar gelingt, kann das Land früher oder später entsprechend mehr Öl und Gas exportieren. Dies soll pro Jahr 40 Milliarden Franken Kostenersparnisse bringen, was wohl etwas zu optimistisch berechnet ist.

ATOMBOMBEN. Technisch ist das alles kein Problem mehr. Saudiarabien kann sich bis 2030 ausschliesslich solar

versorgen, wenn es parallel dazu dezentral etwas in Stromspeicher investiert.

Viele fragen sich: Warum will Saudiarabien zusätzlich noch 16 Atomkraftwerke bauen, die den Strom pro Kilowattstunde 10 Mal teurer produzieren? Die Antwort ist einfach: Atomkraftwerke sind die Mütter aller Atombomben. Saudiarabien will mit Hilfe der USA und Israels zu einer Atommacht werden. Um Iran gemeinsam mit ihnen in die Knie zu zwingen.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/saudi-strom
Der staatliche französische Energiekonzern EDF baut in Saudiarabien ein 300-MW-Solarkraftwerk, das die Kilowattstunde Strom für 1,4 Rappen produziert. Er hat eine entsprechende Ausschreibung gewonnen. Die angedachten 200-Gigawatt-Kraftwerke würden 600 Mal mehr Strom produzieren. Und wären dank Skaleneffekten auch noch billiger.

● rebrand.ly/anschlag
Die Opfer, die Hinterbliebenen und die Geschädigten des Angriffes auf das World Trade Center in New York können – wenn es nach dem Richter Georg Daniels geht – Saudiarabien einklagen, da 15 von 19 Attentätern aus dem Reich der Wahhabiten stammten. Der Angriff fand vor knapp 17 Jahren statt. Etwas arg spät.

● rebrand.ly/mega-projekte
Das «Hamburger Abendblatt» hat zusammengestellt, welche umweltfreundlichen Projekte zwischen Marokko und Saudiarabien schon angekündigt worden sind. Und welche sich wie Fata Morganas in Luft auflösten.

Sie finden alle Links direkt zum An klicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch



EXPLOSIV: Gewalt gehört zum Alltag in den Favelas von Rio de Janeiro, Brasilien. Jeder fünfte Mord geht dort auf das Konto der Regierung. FOTO: CARL DE SOUZA/ AFP/ GETTY IMAGES

Profitabel: Mit dem Tod dealen

Die Schweizer Kriegsmaterialexporte nehmen zu: 2017 verkauften Schweizer Firmen Kriegsmaterial (gepanzerte Fahrzeuge, Sturmgewehre, Granatwerfer, Munition) im Wert von rund 448,6 Millionen Franken ins Ausland. Die grössten Kunden waren Deutschland (117,7 Millionen), Thailand (87,6 Millionen) und Brasilien (32,9 Millionen). Auch 2017 landete Schweizer Kriegsmaterial in Ländern, die in bewaffnete Konflikte verwickelt sind. Darunter Saudiarabien und die Arabischen Emirate, die im Jemenkrieg eine humanitäre Katastrophe anrichten.

In Brasilien droht das Militär mit Putsch – der Schweizer Bundeskonzern Ruag will Munition liefern

Heikler Plan der Ruag

Die politische Lage in Brasilien ist angespannt. Mittendrin: der eidgenössische Rüstungskonzern Ruag.

PATRICIA D'INCAU

Die bundeseigene Waffenschmiede will gross ins Munitionsgeschäft mit den brasilianischen Sicherheitskräften einsteigen. Mit einer eigenen Fabrik im Bundesstaat Pernambuco. Judith Schmid, Sekretärin bei der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA), warnt: «Damit sorgt die Ruag dafür, dass es in Brasilien noch mehr Tote gibt.» Bereits heute sind die Zahlen erschreckend: Laut der Nichtregierungsorganisation «Small Arms Survey» werden in Brasilien pro Tag mehr als 190 Menschen ermordet. 2015 ging jeder fünfte Mord in Rio de Janeiro auf das Konto der Polizei. Eine, die das öffentlich anprangerte, war die Links-

politikerin Marielle Franco. Am 14. März wurde sie in Rio de Janeiro erschossen – mit Munition aus dem Arsenal der brasilianischen Bundespolizei (work berichtete: www.rebrand.ly/marielle). GSoA-Sekretärin Schmid sagt: «Es ist absurd zu glauben, dass die Ruag-Munition bei den brasilianischen Behörden sicher sei.»

POLITIK STATT TELENOVELA

Sicher ist in Brasilien im Moment gar nichts. Normal auch nicht: Am 8. April unterbricht der TV-Sender «Globo» seinen heiligen Telenovela-Abend. Ausgerechnet, um über Politik zu berichten. Denn die bewegt die Menschen im Moment mehr als alles andere. Im Zentrum: das Schicksal des linken Ex-Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva, den hier alle nur Lula nennen. Mit 26 Stunden Verspätung stellte der sich an jenem Abend der Polizei.

Zwölf Jahre soll Lula ins Gefängnis, wegen Korruption. Unter anderem soll ihm der Baukonzern OAS eine Luxuswohnung

gesponsert haben. Das hat der oberste Gerichtshof entschieden. Knapp, mit 6 zu 5 Stimmen. Beweise gibt es keine, die Indizien sind umstritten. Lula sagt: «Ich bin der einzige Mensch, der für eine Wohnung verurteilt wurde, die ihm nicht gehört.» Das Urteil in letzter Instanz steht noch aus. Trotzdem erliessen die Richter umgehend einen Haftbefehl.

Hinter dieser Eile vermuten viele Brasilianerinnen und Brasilianer politisches Kalkül. Denn: Im Herbst sind Präsidentschaftswahlen. Und Lula, 72 Jahre alt und Kandidat der Arbeiterpartei (PT), schneidet in Umfragen am besten ab. Nicht erstaunlich, denn unter Lula ging es den meisten Menschen besser als vorher und nachher.

GENERAL DROHT MIT KUGELN

Das gefällt den Superreichen nicht. Sie wollen den ultrarechten Ex-Militär Jair Bolsonaro als Präsidenten. Und auf die Seite des grossen Geldes hat sich auch die Armee geschlagen. Sie droht mittlerweile offen mit

Putsch. Der einflussreiche General im Ruhestand, Luiz Schroeder, schrieb auf Twitter: Sollte die Justiz Lula freilassen, müsse die Situation «mit Kugeln gelöst werden».

Diese Kugeln könnten den Putschisten also von der Ruag geliefert werden. Was sagt sie zu ihrer heiklen Geschäftsidee?

«Die Ruag sorgt für noch mehr Tote in Brasilien.»

JUDITH SCHMID, GSOA

Wenig. Auf work-Anfrage heisst es: «Wir prüfen verschiedene Szenarien.» Ein endgültiger Entscheid sei noch offen. Die gewerkschaftsnahe Stiftung Solifonds und weitere Organisationen wollen dem Ruag-Zeitpiel ein Ende machen. Urs Sekinger von Solifonds sagt: «Angesichts der Gewaltsituation in Brasilien muss die Regierung die Ruag-Pläne stoppen.»

Möglich wäre das. Auch wenn aktuell wieder über eine Privatisierung der Ruag diskutiert wird (siehe Artikel unten).

GROSSES JAMMERN. Ebenfalls mit Schweizer Kriegsmaterial bedient wurde die Türkei. Der Nato-Staat führt im Inland und in Syrien Krieg gegen die Kurden. Insgesamt machten die Schweizer Rüstungsbetriebe gegenüber 2016 rund 35 Millionen Franken mehr Umsatz. Das ist ein Plus von acht Prozent. Trotzdem jammern die Waffenhändler, ihrer Branche gehe es schlecht. Sie fordern eine Lockerung der Exportbestimmungen. Die rechte Mehrheit des Bundesrats (Schneider-Ammann, Parmelin, Maurer, Cassis) kommt ihnen entgegen. Die entsprechende Verordnung soll demnächst angepasst werden. (pdi)

Ruag: Privatisiert lebt es sich ganz ungeniert

Ruag-CEO Urs Breitmeier hat einen Traum: die bundeseigene Waffenschmiede zu privatisieren. Dann könnte die Ruag zu noch laxeren Bedingungen Waffen ins Ausland verkaufen. Ausserdem wäre sie die ungeliebte Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) los, die der Ruag 2016 ein «erhöhtes Korruptionsrisiko» bescheinigte.

Und: Über die Kaderlöhne, Breitmeiers inklusive (2016: 912468 Franken), gäbe es keine politische Diskussion mehr. Bis jetzt blieb es beim Traum, weil eine Ruag-Privatisierung im

Bundesrat chancenlos war. Am 21. März hat die Regierung nun aber umentschieden: Der Rüstungskonzern soll aufgespalten werden. In die «Ruag National»,

Die Ruag will noch weniger Kontrolle für ihre Waffenverkäufe.

für die Geschäfte mit der Schweizer Armee. Und die «Ruag International», für den profitträchtigen Rest.

Offiziell geht es bei der Aufspaltung um Sicherheit. Denn

vor rund zwei Jahren kam aus: Die Ruag war Opfer eines Hackerangriffs geworden. Weil Ruag und VBS über eine Standleitung miteinander verbunden waren, traf es auch das Verteidigungsdepartement. Eine peinliche Sicherheitslücke. Bundesrat Guy Parmelin (SVP) fasste den Auftrag, sie zu beheben.

ERFOLGREICHE LOBBY. Auffällig ist: Er wählt den Weg, den die Ruag seit langem gehen will. Mit der neuen Konzernstruktur liesse sich das internationale Geschäft privatisieren, während

die Armeeverorgung weiter in Bundeshand bliebe.

Ein Zufall? VBS-Kommunikationschef Reto Kalbermatten gibt zu: «Eine Entflechtung bietet der Ruag die Möglichkeit, sich am Markt besser zu entwickeln.» Das habe bei der Diskussion im Bundesrat eine Rolle gespielt.

Definitiv entscheiden will der Bundesrat über Aufspaltung und Privatisierung im Juni. Bis dahin soll das Konzept für eine neue Ruag-Konzernstruktur vorliegen. Ausgearbeitet von – der Ruag. (pdi)



FREUND DER RÜSTUNGSINDUSTRIE: Armeeminister Guy Parmelin (SVP) am Piranha-Drücker. FOTO: REUTERS

Sozialer Fortschritt: Eine Frage der Politik

Die meisten unserer Eltern und Grosseltern konnten in den 1950er bis 1980er Jahren noch sagen: «Unsere Kinder werden es einmal besser haben als wir.» Europa strotzte vor Glauben an den sozialen Fortschritt. Heute scheint diese Zuversicht verfliegen. Zwar brechen technische Erneuerungen Rekorde. Die Menschen aber plagt



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

zunehmender Stress, sie werden von wiederkehrenden Wirtschaftskrisen geschüttelt und befürchten den sozialen Abstieg. So behaupten denn gewisse Wissenschaftler, mit sozialen Fortschritten sei es halt vorbei. Unsere Gesellschaft sei «gesättigt».

FINNEN SIND ZUFRIEDEN. Dass das Unsinn ist, zeigt die europäische Erhebung zur Lebensqualität. Ob Fortschritt oder Rückschritt, hängt von der jeweiligen Politik in einem Land ab. Menschen in Finnland sehen ihre Situation zum Beispiel sehr positiv. Und sie sind für die Zukunft ihrer Kinder noch optimistischer. Gerade umgekehrt denken sie in Griechenland: Die Menschen dort erachten ihre Situation als am schlechtesten von allen EU-Ländern. Und die Zukunft ihrer Kinder schätzen sie als noch düsterer ein. Der Unterschied zwischen Finnland und Griechenland? Finnland hat einen ausgebauten Sozialstaat. Griechenland hingegen wurde von der EU brutalster sozialer Rückschritt aufgezwungen.

Als nicht so schlecht schätzen ihre Situation Menschen in Frankreich und Deutschland ein. Für die nächste Generation sind sie, nach Jahren neoliberaler Politik, pessimistischer. Ganz im Unterschied zu den Leuten in Bulgarien, Polen und dem Baltikum. Diese Länder kommen «von unten», und während sich die Eltern noch alles vom Munde absparen mussten, ist da die Wahrscheinlichkeit gross, dass ihre Kinder mehr Möglichkeiten haben werden.

EU IST KEIN VORBILD. Sozialer Fortschritt braucht also eine richtige Politik. Die EU mit ihrer Sparpolitik war da gar nicht vorbildlich. Welche soziale Errungenschaft machen die Menschen an der EU fest? Vielleicht das Erasmus-Programm für Auslandsstudien. Der Ball liegt also bei den fortschrittlichen Kräften in Europa, einschliesslich Gewerkschaften. An ihnen ist es nun, ein griffiges, soziales Projekt vorwärtszubringen. Damit wieder mehr Leute sagen können: «Unsere Kinder werden es einmal besser haben.»



Die Unia verschickt regelmässig einen Newsletter mit Infos zu den wichtigsten gewerkschaftlichen Ereignissen und Links zu den Hintergründen. Melden Sie sich für den Unia-Newsletter an auf: www.unia.ch/newsletter



ZURÜCK-
BUCHSTABIERN:
Faire Sprach-
schulen sind
unter Druck.
FOTO: GETTY

Erwachsenenbildung: Immer mehr gewinnorientierte Privatschulen drängen mit Tieflöhnen und Tiefpreisen in den Markt Deutsch mit Dumping

Bei den Weiterbildungsschulen herrscht immer mehr Konkurrenzdruck: Darunter leidet auch die Schule für Erwachsenenbildung Zürich. Jetzt baut sie massiv Stellen ab.

SABINE REBER

Die kantonale Berufsschule für Weiterbildung EB Zürich ist eine Pionierschule: Vor 45 Jahren gegründet, ist sie das älteste und bis heute auch das grösste öffentliche Weiterbildungsinstitut der Schweiz. Nebst beruflicher Weiterbildung bietet sie vor allem Deutschkurse für Ausländerinnen und Ausländer an.

30 ENTLASSUNGEN

Vor allem aber war die EB Zürich eine vorbildliche Arbeitgeberin für ihre rund 350 Kursleitenden – sie zahlt Löhne nach kantonaler Bildungsverordnung. Umso grösser ist nun das Entsetzen über die Massenentlassung: Rund 30 Lehrpersonen werden auf die Strasse gesetzt – manche von ihnen haben über dreissig Jahre für die EB gear-

beitet. Bei weiteren 35 Lehrkräften senkt die Schule die Pensen, zum Teil bis auf ein Minimum von zehn Prozent. Dadurch fallen viele von ihnen aus der Pensionskasse. Mehr noch, wie Christine Flitner, Bildungsexpertin bei der Gewerkschaft VPOD, erklärt: «Dadurch sinken auch die Sozialplanleistungen, die ihnen gemäss kantonalem Recht zustehen.»

EB-Rektor Hugo Lingg erklärt, dass dieser Schritt für viele Kursleitende einschneidend sei. 2016 mussten viele Kurspreise nach den

Pionierschule EB Zürich muss massiv Stellen abbauen.

neuen gesetzlichen Vorgaben um etwa 20 Prozent erhöht werden. Lingg zu work: «Im letzten Jahr brachen bei uns deswegen die Kursbuchungen um rund vierzig Prozent ein.»

Mitverantwortlich für diese Zwangssituation ist auch das eidgenössische Weiterbildungs-gesetz. Es sieht vor, dass öffentliche

Schulen für Weiterbildungskurse kostendeckende Preise verlangen müssen, damit private Anbieter gleiche Bedingungen haben.

DRAMATISCHE SITUATION

Auch die von den Gewerkschaften mitgetragene ECAP leidet unter der Situation. Sie ist nebst der Migros-Klubschule die zweitgrösste privat geführte Weiterbildungsschule und bietet wie die EB Zürich viele Kurse für Deutsch als Zweitsprache an. Geschäftsleiter Guglielmo Bozzolini sagt zu work: «In der Branche herrscht eine scharfe Konkurrenz durch private, gewinnorientierte Institute, die mit Dumpingpreisen arbeiten. Im Kanton Zürich ist die Lage besonders dramatisch.» Der Kanton habe bisher eine Vorreiterrolle bei der Bildung von Migranten und Lernungewohnten gehabt – und ziehe sich nun «komplett zurück».

HARTER KONKURRENZKAMPF

Seit einigen Jahren haben private Sprachschulen wie Berlitz, Flying Teachers, Inlingua und andere den wachsenden Markt für

Deutsch als Zweitsprache ent-deckt. Mit Dumpingpreisen und bis zu dreissig Prozent tieferen Löhnen konkurrieren sie die altgedienten Bildungsinstitute. ECAP-Chef Bozzolini weiss von Schulen, die sogar weniger als

Die Privatschulen zahlen bis zu 30 Prozent weniger.

40 Franken für eine Lektion bezahlen. Die ECAP, die mit den Gewerkschaften Unia und VPOD einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) hat, zahlt 64 Franken für eine Lektion. Und sie wird die Löhne trotz Druck nicht senken, sagt Chef Bozzolini. Er betont, gewinnorientierte Schulen würden die Kurse zwar billiger anbieten, aber die Qualität sei natürlich nicht die gleiche: «Da unterrichten Studierende oder Leute, die nur als Überbrückung ein paar Lektionen geben, es fehlen oftmals Erfahrung und didaktisches Fachwissen.» Und die Klassen-grösse spiele auch eine Rolle für den Erfolg.

Unhaltbare Zustände in der Spitex «Kolleginnen stimmten über die Kündigung ab»

Arbeiten bis zur Erschöpfung und ein choleraischer Chef: Jetzt wehren sich Spitex-Pflegerinnen im zürcherischen Illnau-Effretikon.

CHRISTIAN EGG

Sechs Tage arbeiten, einen Tag frei, sechs Tage arbeiten: Das sei häufig vorgekommen, sagt Jessica Ehrat. Die 30jährige hat bis vor kurzem bei der Spitex Kempt in der Nähe von Zürich gearbeitet.

Genauso wie Natalie Dohner. Diese traf es sogar noch härter: Einmal musste sie neun Tage am Stück arbeiten. Das ist laut Gesetz nicht erlaubt. Unia-Mitglied Dohner sagt: «Ich war fix und fertig. Es war reines Glück, dass mir bei den Menschen, die ich betreuen musste, kein schlimmer Fehler unterlaufen ist.»

Die Spitex Kempt ist als Verein organisiert. Sie arbeitet im Auftrag der Gemeinden Illnau-Effretikon und Lindau ZH. Die krasse Arbeitsbelastung hat Folgen, wie Daniel Gähwiler von der Unia Zürich-Schaffhausen weiss. Er steht mit den Pflegerinnen in Kontakt. Gähwiler sagt: «Mehrere Angestellte sind wegen Erschöpfung oder Burnout krank geschrieben.»

KLIMA DER ANGST. Das Klima bei der Spitex Kempt ist schlecht. Der Chef neigt zu Wutausbrüchen und regiert mit fiesem Tricks. Ein Beispiel: Eine Teamkollegin redete schlecht über Natalie Dohner. Der Betriebsleiter erfuhr davon und setzte eine Teamsitzung an. Was dort geschah, beschreibt Dohner als erniedrigendes Erlebnis: «Jedes Teammitglied musste öffentlich darüber abstim-



SIE LASSEN SICH NICHT UNTERKRIEGEN: (von links nach rechts) Jessica Ehrat, Natalie Dohner und Sonja Wolfer.

men, ob mir gekündigt werde oder nicht.» Die überwältigende Mehrheit stellte sich hinter Dohner.

Kurz darauf erfuhr auch Jessica Ehrat, dass der Betriebsleiter bei ihr ähnliches plante: «Als ich bei ihm nachfragte, erhielt ich sofort die Kündigung.» Jetzt wehrt sie sich juristisch gegen die Entlassung.

Mit einem Brief an die Spitex-Leitung und einer Aktion vor der Geschäftsstelle machte die Pflegerinnengruppe auf die Probleme aufmerksam. Doch der Spitex-Vorstand hält am umstrittenen Betriebsleiter Andreas Risch fest. Der wollte keine Fragen von work beantworten. Teilt aber mit, dass inzwi-

«Als ich beim Chef nachfragte, erhielt ich sofort die Kündigung.»

JESSICA EHRAAT, SPITEX-PFLEGERIN

Gruppe distanzieren. Laut Unia-Mann Daniel Gähwiler war der Druck auf die Angestellten enorm: «Wir haben unseren Mitgliedern geraten, den Brief ebenfalls zu unterzeichnen, da ihnen im Betrieb sonst massive Repression drohe.» Spitex-Kadermann Samuel Brélat räumt den Druck von oben ein: Es sei «nicht auszuschliessen», dass Mitarbeitende «aus Loyalitätsdruck» unterschrieben hätten, sagte er in der Lokalzeitung «Landbote».

Frankreich: Macron will den Service public demontieren

Von wegen Privilegien der Bähnler

Nichts da mit goldenen Prämien und Pensionsalter 52: 60 Prozent der SNCF-Bähnler verdienen weniger als 2450 Euro netto. Und sie können frühestens nach 42 Dienstjahren in Rente.

OLIVER FAHRNI

Bei der französischen Bahn SNCF zu arbeiten sei ein «Schlaraffenland auf Schienen». Behauptet die «NZZ am Sonntag». Wahr aber ist: Müssten die Journalisten und Journalistinnen des Zürcher Bankenblattes zu den Bedingungen der SNCF arbeiten, würde morgens keiner von ihnen auch nur aus dem Bett steigen.

Sie beten bloss nach, was ihnen die Propaganda der Pariser Regierung vorfälselt. Beispiel Pensionierung: Lokführer, schreibt die NZZ, gingen mit 52 Jahren in Pension, Schalterbeamte mit 57. Nett. Nur wurde die alte Pensionsregelung schon vor zehn Jahren abgeschafft. Seit 2008 wird sie zunehmend verschärft. Heute können Bähnlerinnen und Bähnler, die 1961 oder später geboren wurden, nach 42 Dienstjahren in Pension. Jüngere (unter 45) sogar

Macron im Stechschritt

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron weiss, dass er sich beeilen muss mit dem «Umbau» des öffentlichen Dienstes, der Arbeitslosenversicherung, des Rentensystems, des Bildungssystems und mit seiner massiven Privatisierungsstrategie. Denn die Proteste und Streiks gegen seine Zerschlagung des Service public ziehen an, bei der Bahn, an Schulen und Unis, in den Spitälern, in den Ämtern, überall. Macrons Problem: Er



muss die Arbeit der Leute schlechtreden, die dafür sorgen, dass dies alles überhaupt noch funktioniert. Etwa bei der SNCF. Die Bahn hat zwischen 2004 und 2014 ihre Produktivität

jährlich um 3,5 Prozent erhöht. Sie ist inzwischen produktiver als die Deutsche Bahn (DB), die Macron als Modell nennt.

GELDKUH. Doch die 46 Milliarden Schulden, Macrons Totschlagargument, haben mit dem Bähnlerstatut nichts, aber mit dem irren Ausbau der Schnellbahnstrecken sehr viel zu tun. Doch darüber will Macron nicht sprechen. Auch nicht darüber, dass Deutschland seiner Bahn eine zweistellige Milliarden-schuld abgenommen hat. 2017 musste die SNCF allein für Schuldzinsen rund 2 Milliarden Franken hinblättern. Ein Topgeschäft für Banken und Fonds. Und hat Macron die Bahn erst zur Aktiengesellschaft gemacht, werden die Zinsen nochmals um ein Drittel steigen. (olf)



ER SETZT EIN ZEICHEN: In Paris hat sich ein streikender SNCF-Mann einen Pfeil aufs Gesicht gemalt, das internationale Symbol der Bähnler.

FOTO: KEYSTONE

erst mit 43 Dienstjahren. Man muss 166 Trimester einbezahlt haben. Rechne: Wer mit 52 in Rente gehen möchte, müsste also spätestens als Zehnjähriger bei der Bahn begonnen haben.

MACRON WILL KONFRONTATION

Eine Studie der SNCF-Pensionskasse von Mai 2016 zeigt, dass sich das reale durchschnittliche Pensionsalter rasch der 60er-Grenze annähert und demnächst bei 61 Jahren liegen wird. Das ist viel später als das durchschnittliche Pensionsalter etwa von französischen Polizisten, die unter ähnlichen Arbeitsbedingungen leiden (Nacht-, Schicht-, und Wochenenddienste, Gefahren, Stress).

Diese Fakten gehen im SNCF-Bashing des französischen Präsidenten Emmanuel Macron unter. Er sagt: Der SNCF geht es schlecht, sie hat 50 Milliarden Schulden (siehe Kasten), und daran ist das Arbeitsstatut der Angestellten schuld. Macron hatte die Kampagne gegen die Arbeitenden viele Monate vor der angekündigten Demontage des Statuts losgetreten, mit Hilfe von PR-Agenturen. Er wollte jeden Widerstand im Keim ersticken.

Diese Strategie schwächt gerade. Dutzende von aggressiven Medienauftritten von Macrons Leuten haben die Eisenbahnerinnen und Eisenbahner zusammengescheisst. Der Streik wird härter, die Demonstrationen wachsen. Es ist eine Auseinandersetzung um die Köpfe. Denn es geht um viel mehr als um die Bahn. Macron provoziert die Konfrontation, weil die Bähnlergewerkschaften, vorab die CGT und Sud Rail, sich seit Jahren erfolgreich gegen die neoliberale Zerstörung des Service public wehren. Oft stellvertretend für andere Berufsgruppen, die weniger gut gewerkschaftlich organisiert sind. Rémy, der Rangiergruppenchef im Bahnhof Saint-Charles von Marseille, sagt zu work: «Wenn wir diese Auseinandersetzung nicht gewinnen, ist es um Schule, Spitäler, Uni, Sozialversicherungen und den ganzen öffentlichen Dienst Frankreichs geschehen. Wir

dürfen nicht verlieren!» Doch dafür mussten sie erst eine Menge Gerüchte über ihre «Privilegien» wegräumen. Die «Schuhprämie»? Gab es nie. Die «Kohleprämie»? Wurde 1974 abgeschafft. Überhaupt die zahlreichen Prämien und hohen Löhne? 60 Prozent der Bähnlerinnen und Bähnler verdienen, nach Zahlen der SNCF, weniger als 2450 Euro netto pro Monat, mehr als ein Viertel sogar weniger als 2000 Euro (2350 Franken).

Im Juni gibt es eine Jahresprämie von 8 Prozent (also 232 Euro für einen Lohn von 2900 brutto). Die Feriengrati beläuft sich einheitlich auf 250 Euro. Und dann ist da noch eine «Prämie des 13. Monats» – Kilometer entfernt vom bei uns üblichen Dreizehnten. Unterm Strich verdienen die 150 000 SNCF-Beschäftigten 246 Euro pro Monat weniger als vergleichbare Angestellte privater Unternehmen mit über 500 Beschäftigten.

Es geht um viel mehr als um die Bahn.

DIE FRÜCHTE DES ZORNS

SNCF-Bähnler haben maximal Anrecht auf 132 Freitage pro Jahr. Normale Angestellte in der französischen Privatwirtschaft kommen auf 131 Freitage. Einen Tag weniger. Doch am Wochenende haben sie frei. Den Bähnlerinnen und Bähnlern werden hingegen nur 12 garantierte Wochenenden jährlich zugestanden. Theoretisch.

Für sein Gerede über «Privilegien» erntet Macron jetzt die Früchte des Zorns. Benjamin Cattiau, seit 14 Jahren bei der SNCF, platzt der Kragen: «2017 habe ich 65 Nächte gearbeitet, an 6 Feiertagen und an 26 Wochenenden. Ich verdiene 2100 Euro netto. Fünf Jahre ohne Lohnerhöhung. Unsere Arbeitsbedingungen und unser Dienst am Publikum werden jeden Tag schlechter.» So redet er weiter. In knappen, harten Sätzen. Am Ende sagt er: «Es sind jene, die 150 000 verdienen, die denen, die nur 1500 bekommen, einreden wollen, das Problem seien die, die 2000 verdienen.»



la suisse existe
Jean Ziegler

DIE ENDLOSE TRAGÖDIE

Der 1. März war ein kalter Regentag. Der energische Lausanner Rechtsanwalt und Alt-Ständerat Luc Recordon hatte zur Pressekonferenz eingeladen. Thema: die endlose Tragödie der ehemaligen Verdingkinder. Die Stimmung im Café Le Milan am Boulevard de Grancy in Lausanne war

Viele haben nicht die Kraft, sich ihrer schmerzvollen Erinnerung zu stellen.

gedrückt. Kurz vor Konferenzbeginn war die Nachricht vom Bundes-

amt für Justiz aus Bern eingetroffen: Die ultimative Frist für die Einreichung der Entschädigungsgesuche bleibe der 31. März 2018. Dies sei im Bundesgesetz festgeschrieben, und nur das Parlament könne das mit einer Gesetzesrevision ändern.

WENIGE GESUCHE. Die Situation ist absurd: Von den rund 20 000 noch lebenden ehemaligen Verdingkindern haben bislang nur um die 7500 ein Entschädigungsgesuch eingereicht. Das Bundesamt hat bis heute etwas mehr als 1200 Gesuche geprüft und bewilligt. Im Herbst 2016 hatte die Bundesversammlung einen Kredit von 300 Millionen Franken beschlossen. Jedes Opfer sollte 25 000 Franken erhalten. Zuvor hatte sich Bundesrätin Simonetta Sommaruga in glaubwürdigen, warmerherzigen Worten für die häufig fürchterlichen Verbrechen entschuldigt, welche die sogenannten Fürsorgebeamten der Kantone und Gemeinden an Zehntausenden von Kindern begangen hatten. Im Namen eines Gesetzes zur «administrativen Verwahrung», das von den deutschen Nazis hätte stammen können. Es wurde erst 1981 aufgehoben.

UNENDLICHES LEID. Warum sind so wenige Gesuche eingegangen? Etwas mehr als 85 000 Menschen, meist Kinder, wurden in Zuchthäusern, Erziehungsanstalten, Waisenhäusern oder Klöstern «verwahrt». Ledige junge Mütter wurden sterilisiert und ins Zuchthaus Hindelbank BE eingeliefert. Kleinkinder, die im «Bürgerlichen Waisenhaus» von Freiburg das Bett nässteten, wurden von den dort regierenden Nonnen des Ordens Sainte-Agnes bis aufs Blut geschlagen. Das Bundesamt für Justiz prüft – zu Recht – jedes Gesuch genau. Die Antragstellenden müssen einen Fragenkatalog ausfüllen und Dokumente liefern, um ihre «Opfereigenschaft» zu beweisen. Diese Pflicht ist für viele Opfer unerfüllbar. Auch im hohen Alter haben sie nicht die Kraft, sich ihrer schmerzvollen Erinnerung zu stellen. Viele Opfer sind psychisch und auch physisch zerstört, und sie leben in schlimmster Armut.

KEINE VERJÄHRUNG. Wo ist Hoffnung? Im Bundesamt arbeiten vernünftige Menschen. Es muss gelingen, in Altersheimen mit den Opfern ins Gespräch zu kommen und sie zur Gesuchstellung zu bewegen. Diese Gesuche sollten dann trotz ihrer Verspätung noch bewilligt werden. Die schreckliche Tragödie darf nicht weitergehen. Für Verbrechen gegen die Menschlichkeit gibt es keine Verjährung.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Der schmale Grat der Hoffnung», ist im März 2017 auf deutsch erschienen.



WASSER IN DER WÜSTE: Werbung für teures Nestlé-Wasser in Pakistan. FOTO: FILMSTILL, BOTTLED LIFE

Weltwassergipfel unter Druck von Nestlé & Co. Wird ein Menschenrecht zur Handelsware?

Zugedrehte Wasserhähne in Südafrika, Wasserprivatisierung in Brasilien, Megastädte, denen das Trinkwasser ausgeht. Und auf dem Weltwassergipfel in Paris tun die Verantwortlichen so, als könnten sie nichts dafür.

MICHAEL STÖTZEL
Maria Gomes de Oliveira ist eine Sprecherin der brasilianischen «Bewegung der Landlosen». Am 20. März besetzte sie mit 600 Frauen die Nestlé-Zentrale in São Lourenço. Der Schweizer Multi besitzt dort einen Wasserpark mit verschiedenen Heil- und Mineralquellen. Der Grund ihrer Aktion: offenbar weit fortgeschrittene Pläne der Regierung unter Präsident Michel Temer, das

brasilianische Wasser zu privatisieren. Nestlé ist dabei erste Adressatin für eine 100 Jahre gültige Lizenz zur Ausbeutung des «Guarani-Aquifero», des weltweit zweitgrössten Süsswasserreservoirs. Der Deal passt bestens ins Portfolio des Konzerns, der weltweit laufend Quellen für seine 70 Wassermarken (Jahresumsatz 10 Milliarden Franken) aufkauft. Die Ausbeutung des Guarani-Reservoirs wird zudem den internationalen Ruf des Unternehmens nicht noch weiter verschlechtern. Denn in dieser niederschlagsreichen Region dürfte es nicht mal Nestlé schaffen, das Grundwasser gefährlich abzusinken. Ganz anders als in den Dürregebieten Südkaliforniens, Äthiopiens oder Nigerias, in denen Nestlé Abermillionen Liter regional dringend benötigten Wassers kaltlächelnd abpumpt, in Flaschen abfüllt und verkauft.

Literweise: Verstecktes Wasser schenkt ein
Im Haushalt, am Arbeitsplatz und in der Freizeit verbrauchen die Schweizerinnen und Schweizer durchschnittlich 163 Liter Wasser – täglich. In der Sahelzone müssen die Menschen mit höchstens 5 Liter Wasser überleben.

LUXUS. Noch dramatischer als dieses Missverhältnis ist das «versteckte Wasser». Also Wasser, das zur Herstellung von Gütern verbraucht wird, ohne dass wir es dem fertigen Produkt ansehen. So konsumieren Schweizerinnen und Schweizer allein über Nahrungsmittel täglich um die 4000 Liter verstecktes Wasser. Allerdings variieren die Angaben gewaltig, abhängig von der Herkunftsregion und der Berechnungsmethode. Beispiel: Für 1 Kilogramm Tomaten verbrauchen Produzenten in den Niederlanden 10 Liter, in Spanien 84 Liter und in Ägypten 230 Liter Wasser. In etwa gesichert sind laut Direktor für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) folgende Angaben:

VERSTECKTES WASSER	
1 Stück Brot (50 Gramm):	20 Liter
1 Tasse Kaffee:	140 Liter
1 A4-Blatt Papier:	10 Liter
1 Auto:	400 000 Liter
1 Computer:	20 000 Liter
1 Paar Lederschuhe:	8000 Liter
1 T-Shirt (Baumwolle):	2000–4000 Liter
1 Paar Jeans:	11 000 Liter
Regional sehr unterschiedlich:	
1 Kilo Rindfleisch:	bis zu 16 000 Liter
1 Kilo Schweinefleisch:	bis zu 4800 Liter
1 Kilo Getreide:	bis zu 15 000 Liter
1 Kilo Reis:	bis zu 5000 Liter

MARKTRADIKALE HEUCHLER
Ziel des Gipfels ist eine Neudeutung der Wassernutzung, für die sich Multis wie Nestlé und Coca-Cola starkmachen. Die Uno hatte 2010 auf Antrag Boliviens den Zugang zu sauberem Wasser und sanitärer Versorgung zum «grundlegenden Menschenrecht» erklärt. Bei der entsprechenden Abstimmung hatten sich allerdings die meisten westlichen Industriestaaten enthalten. Umso geschmeidiger könnten sie jetzt den grossen Wasserfirmen folgen. De-

ren Forderung: Weil Wasser immer knapper werde, sei es nicht mehr als frei verfügbares Allgemeingut anzusehen. Schon um Verschwendung einzudämmen, müsse es einen Preis haben. Mit anderen Worten: Zum Schutz der nationalen Ressourcen müsse Wasser als Handelsware definiert und «marktgerecht» genutzt werden. Das setze die Privatisierung, zumindest Teilprivatisierung von Quellen und/oder der Verteilung voraus.

Die marktradikalen Ideologen hätten sich für den Weltwassergipfel keinen besseren Zeitpunkt wünschen können. Denn mit der südafrikanischen Hauptstadt Kapstadt droht die erste Metropole auszutrocknen. Wenn der Regen weiter ausbleibt, will die Regierung ab dem 11. Mai nur noch Spitäler und Schulen mit Wasser versorgen. Abgesehen von den Reichen, die tiefe Brunnen in ihren Gärten graben liessen, sollen die knapp 4 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner nur noch an Abgabestellen je 25 Liter pro Tag erhalten. Um die 300 000 Menschen, heisst es, werden ihre Arbeit verlieren. Freude haben nur die Wasserdealer, weil sie mit ihren Flaschen exorbitante Gewinne machen, vor allem aber, weil sie behaupten können, die Kompetenz zu haben und mit der Privatisierung der Versorgung das Problem zu lösen.

Unser Wirtschaftssystem verschwendet irrsinnig viel Wasser.
Die marktradikalen Ideologen hätten sich für den Weltwassergipfel keinen besseren Zeitpunkt wünschen können. Denn mit der südafrikanischen Hauptstadt Kapstadt droht die erste Metropole auszutrocknen. Wenn der Regen weiter ausbleibt, will die Regierung ab dem 11. Mai nur noch Spitäler und Schulen mit Wasser versorgen. Abgesehen von den Reichen, die tiefe Brunnen in ihren Gärten graben liessen, sollen die knapp 4 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner nur noch an Abgabestellen je 25 Liter pro Tag erhalten. Um die 300 000 Menschen, heisst es, werden ihre Arbeit verlieren. Freude haben nur die Wasserdealer, weil sie mit ihren Flaschen exorbitante Gewinne machen, vor allem aber, weil sie behaupten können, die Kompetenz zu haben und mit der Privatisierung der Versorgung das Problem zu lösen.

VERSCHWENDUNG
Südafrika sind sicher Planungsfehler und schlechtes Management vorzuzwerfen. Der eigentliche Grund der Krise ist jedoch die Klimaerwärmung, die in der Region von Kapstadt zu einer schon drei Jahre andauernden Dürre geführt hat. Jetzt werden die Bürgerinnen und Bürger dazu gezwungen, Wasser zu sparen und auf Regen zu hoffen. Eine andere Möglichkeit, als die Hähne vorerst zuzudrehen, gibt es absehbar nicht, das ist den Behörden zuzugestehen. Auch wenn sie damit das Spiel der Wassermultis spielen müssen.

Aber sie allein können nicht das herrschende Wirtschaftssystem umstossen, das irrsinnig viel Wasser verschwendet und zugleich mit dem von ihm produzierten Dreck die Erderwärmung beschleunigt. Die Wasserindustrie selbst gibt ein anschauliches Beispiel für die Verrücktheit: Es braucht drei Liter Wasser um eine Ein-Liter-Petflasche herzustellen.

An Krisen wie in Kapstadt wird man sich deshalb gewöhnen müssen: Laut Experten werden auch Melbourne, Jakarta, Mexiko Stadt und São Paulo bald auf dem Trockenen sitzen.

Die rechte Mehrheit im Kanton Zürich will das Wasser privatisieren – ausgerechnet jetzt, wo viele Städte im Ausland ihre Wasserversorgung wieder verstaatlichen

Irrweg Wasser-Privatisierung



Berlin, Paris, Atlanta: Weltweit kaufen immer mehr Städte ihre Wasserwerke zurück. Weil sie heute gescheitert sind. Der Kanton Zürich will lieber dümmer sein und jetzt privatisieren.

CHRISTIAN EGG
Private Firmen sollen an der Wasserversorgung im Kanton Zürich mitverdienen dürfen. So hat es die bürgerliche Mehrheit im Kantonsparlament Mitte Februar entschieden. Gegen erbitterten Widerstand von linken und christlichen Parteien. SP-Mann Ruedi Lais sagt: Das neue Wassergesetz ermögliche es Firmen, «die prall gefüllten Tresore mancher Wasserversorgungen auszuplündern». Schreinermeister Daniel Sommer von der EVP ergänzt: «Die bürgerliche Ratsmehrheit scheidet sich einen feuchten Dreck um die Interessen der Öffentlichkeit.» Auch der (mehrheitlich rechte) Regierungsrat war gegen die Privatisierung, Vergeblich. Die Bürgerlichen drückten durch, dass sich private Investoren künftig bis zu einem Drittel der Wasserversorgung unter den Nagel reissen können.

FALSCHES VERSPRECHEN
Um zu sehen, wie falsch eine Wasserprivatisierung ist, reicht ein Blick über die Grenzen. Weltweit haben schon über 200 Gemeinden ihre privatisierten Werke zurückgekauft oder wollen es tun.

Prominentes Beispiel: die deutsche Hauptstadt Berlin. Ende der 1990er Jahre stand sie kurz vor dem Konkurs. Da kam die regierende CDU-SPD-Koalition auf die Idee, die Wasserversorgung zu verschern. Noch bevor die Verkaufsverträge unterschrieben waren, budgetierte man mit den 1,7 Milliarden Euro aus dem Verkauf – und machte sich dadurch erpressbar. Was genau in den Verkaufsverträgen ausgehandelt worden war, blieb vorerst aber geheim.

Den Zuschlag erhielten drei Konzerne: die Allianz-Versicherung und der Energiegigant RWE, beide deutsch, sowie die französische Veolia, das grösste Wasserunternehmen der Welt (12 Milliarden Euro Umsatz in 67 Ländern). Zusammen bekamen die Firmen 49,9 Prozent der Berliner Wasserversorgung.

Für die Bevölkerung sollte alles besser werden, so das Versprechen der Stadtregierung. Der CDU-Politiker Frank Steffel prahlte: «Klar ist: Auch diese Privatisierung wird dafür sorgen, dass die Wasserpreise in Berlin in den nächsten Jahren sinken.»

PREIS-EXPLOSION
Passiert ist das Gegenteil. Nachdem die Preise fünf Jahre eingefroren waren, stiegen sie 2004 auf einen Schlag um 15 Prozent und in den folgenden Jahren noch weiter (siehe Interview nebenaan). Die Bevölkerung wehrte sich. Eine Bürgerinitiative lancierte ein Referendum mit dem Ziel, die geheimen Verträge öffentlich zu machen. Das Resultat der Abstimmung war glasklar: 98 Prozent Ja. Jetzt kam die ganze Wahrheit ans Licht. Die Berlin und die privaten Mitbesitzer vor. Jedes Jahr. Allein in den ersten zehn Jahren der Teilprivatisierung haben die Konzerne ziemlich genau eine Milliarde Euro am Berliner Wasser verdient.

Trinkwasser ist eine todsichere Anlage für Profitgierige.
Verträge sahen garantierte Gewinne für das Land Berlin und die privaten Mitbesitzer vor. Jedes Jahr. Allein in den ersten zehn Jahren der Teilprivatisierung haben die Konzerne ziemlich genau eine Milliarde Euro am Berliner Wasser verdient.

Sogar die CDU musste jetzt den Fehler einsehen. Nach zähen Verhandlungen war es 2013 so weit: Die Stadt Berlin kaufte die Anteile zurück. Und die Preise sanken wieder.

WASSER IST WIE LUFT
Für Jacqueline Badran, SP-Nationalrätin und Ökonomin, ist das Privatisieren der Wasserversorgung «etwa die dümmste Idee, die man haben kann». Denn beim Wasser sei ein Wettbewerb rein physisch gar nicht möglich: «Ich kann nicht sieben Wasserleitungen von verschiedenen Anbietern in meine Wohnung führen und mich dann für den besten entscheiden.» Ein weiterer Grund: Wasser nutzen wir nicht freiwillig. Der Mensch braucht es zum Leben. Badran: «Wer am Verdursten ist, zahlt jeden Preis. Ein skrupelloser Anbieter muss nur das Angebot verknappen und kann so traumhafte Renditen erzielen.» Deshalb habe beim Wasser – gleich wie bei der Luft und beim Boden – die Profitlogik grundsätzlich nichts verloren: «Solche Güter gehören in die öffentliche Hand.»

Badran hat eine Erklärung, warum die Rechten im Kanton Zürich gerade jetzt das Wasser privatisieren wollen. Durch die tiefen Zinsen sei Kapital im Überfluss vorhanden. Und Trinkwasser sei eine todsichere Anlage: «Läuft es gut, machen sie hohe Profite. Läuft es schlecht, muss der Staat einspringen. Denn das Wasser ist zu wichtig.»

BARCELONA UND STUTTGART KÄMPFEN
Noch hat es der Kanton Zürich in der Hand, ob seine Gemeinden das gleiche durchmachen sollen wie Berlin. Oder wie Bordeaux in Frankreich: Die Stadt entschied 2011, vorzeitig aus dem Vertrag auszusteigen, der dem Milliardenkonzern Suez das Trink- und Abwassersystem der Stadt überliess. Barcelona und Stuttgart kämpfen noch darum, ihre

Versorgung wieder in die eigenen Hände zu bekommen. Bereits erfolgreich war die US-Millionenstadt Atlanta. 2003 löste sie ihren Vertrag mit Suez auf, nach nur drei Jahren. Suez hatte die Preise erhöht, Tausende Reparaturen verschlampt und ein Chaos bei den Rechnungen veranstaltet.

WAHLEN MIT WASSER GEWONNEN
Auf EU-Ebene machten die Gewerkschaften, allen voran die deutsche Verdi, 2013 den Wasserprivatisieren einen fetten Strich durch die Rechnung. 1,6 Millionen Menschen unterschrieben eine europäische Bürgerinitiative – es war das erste Mal, dass eine solche zustande kam. Kurz darauf kippte die EU-Kommission das Trinkwasser komplett aus der umstrittenen Richtlinie zur Privatisierung.

Auch Paris hat 2010 seine Wasserwerke zurückgekauft – nach 25 Jahren. Der Konservative Jacques Chirac, damals Bürgermeister und später Staatspräsident, hatte die Werke in den 80ern privatisiert. Für die linke Seite der Seine war danach die Firma Veolia zuständig, rechts Suez. Die Preise stiegen und stiegen – um mehr als das Doppelte. Der sozialistische Bürgermeisterkandidat Bertrand Delanoë machte Wahlkampf mit dem Versprechen, die Wasserbetriebe wieder zu verstaatlichen. Delanoë gewann die Wahl – und hielt Wort. Danach sank der Wasserpreis wieder.

WEBLINKS:
www.remunicipalisation.org
Datenbank mit Städten weltweit, die ihre Wasserversorgung zurückgekauft haben (englisch)
rebrand.ly/wasser
Buch zum Download: Wasser in öffentlicher Hand (deutsch)
rebrand.ly/wasserfilm
Arte-Film «Wasser zu Geld» (deutsch)

Während der Privatisierung stiegen die Preise um 30 Prozent.
durchsetzen, dass der Prozess fast ohne Kündigungen abließ.

Berliner Wasserprivatisierung: «Es war ein Riesenflop»
Vierzehn Jahre lang hatte Berlin seine Wasserversorgung teilweise privatisiert. Dann kaufte die Stadt ihr Wasser zurück. Warum, erklärt Mathias Ladstätter. Er sass damals als Gewerkschaftsvertreter im Aufsichtsrat der Berliner Wasserbetriebe.

CHRISTIAN EGG
work: Berlin hat 1999 die Wasserversorgung teilweise privatisiert. Was waren die Folgen?
Mathias Ladstätter: Die Privatisierung war ein riesiger Flop. Am schlimmsten war, dass der Betrieb viel weniger in den Unterhalt der Leitungen investierte. Es wurde nur noch dort geflickt, wo's brannte. Das ergab einen riesigen Sanierungsstau, unter dem die Berliner Wasserbetriebe heute noch leiden.
Dazu kamen intransparente Geldflüsse zwischen Berlin, den Wasserbetrieben und den privaten Investoren. Es gab da viele Taschenspielertricks, etwa mit dem Verkauf von Immobilien oder Abschreibungskosten, die plötzlich viel höher ausfielen und auf die Kundschaft überwälzt wurden.

Wurde damals auch Personal abgebaut?
Ja, massiv. Zum Zeitpunkt der Teilprivatisierung arbeiteten etwa 7000 Menschen bei den Wasserbetrieben. Heute sind es noch knapp 4000. Allerdings wurde in den vierzehn Jahren auch viel automatisiert, so dass weniger Personal nötig war. Als Gewerkschaft konnten wir, zusammen mit der Personalvertretung, zudem durchsetzen, dass der Prozess fast ohne Kündigungen abließ.

2013 hat die Stadt Berlin den Betrieb zurückgekauft. Ist es jetzt besser?
Für die Bevölkerung auf jeden Fall. In den Jahren der Privatisierung stiegen die Wasserpreise um 30 Prozent an. Seit der Wiederverstaatlichung haben wir jetzt wieder Preise wie vor der Privatisierung. Und das Geld bleibt wieder in den Wasserbetrieben oder fliesst in die Stadt, aber nicht mehr an internationale Konzerne.



Es begann mit einem Zwitschern

Eine Autorin, ein Anwalt und ein junger Politiker aus Interlaken machen müde Linke munter.

Auch ganz grosse Dinge fangen manchmal klitzeklein an. Zum Beispiel das Referendum gegen das «Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) (Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten)», Geschäftsnummer 16.479.

Am 16. März um 14.50 Uhr schrieb @bergsybille auf Twitter «Referendum, schnell». Berg ist Schriftstellerin («Der Tag,



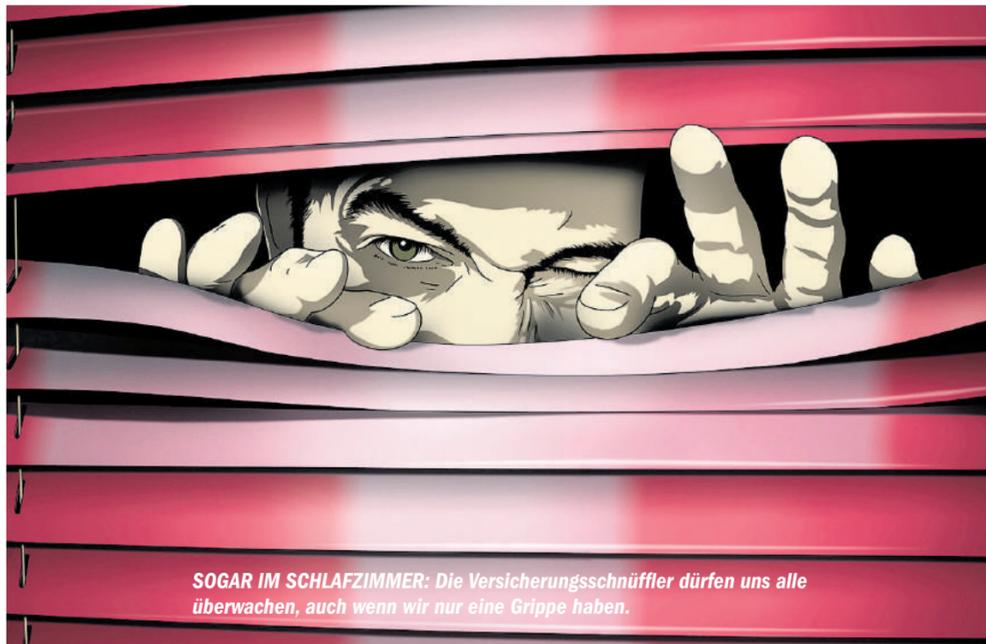
INITIANTIN: Sibylle Berg.

als meine Frau einen Mann fand», in der DDR sozialisiert und lebt seit 22 Jahren in der Schweiz. Gut drei Stunden später hatte Sybille Berg zwei Mitstreiter: Hernáni Marques (@vecirex), Hacker und Aktivist beim Chaos Computer Club, und Dimitri Rougy (@Dimitri-Rougy), Campaigner und SP-Politiker in Interlaken BE. Rougy klapperte Parteien und Organisationen ab. Doch keine wollte sich engagieren. Berg und Rougy kontaktierten den Zürcher Anwalt Philip Stolkin – jenen Mann, der das Strassburger Urteil gegen die Bespitzelung von Versicherten erwirkt hatte (siehe Hauptartikel). Die drei starteten auf der Internetplattform WeCollect einen Aufruf: Wenn 5000 Menschen online ihre Unterschrift zusagen, starten wir das Referendum. Der Rest ist Geschichte.

Komitee gegen Schnüfflergesetz zieht die SP auf die linke Seite.

Diesen Schuss lange nicht gehört hatten die SP-Oberen. Sowohl Fraktionschef Roger Nordmann als auch Präsident Christian Levrat gaben sich demonstrativ desinteressiert: Wichtiges zu tun, keine Lust auf eine Auseinandersetzung mit der SVP. Das sieht die Basis anders, wie die Reaktionen in zahlreichen Kantonalparteien zeigen. Und auch parlamentarische Schwergewichte wie die Basler Sozialpolitikerin Silvia Schenker engagieren sich an vorderster Front für das Referendum. Seit dem vergangenen Wochenende ist jetzt auch die SP-Parteileitung auf Referendums-Spur. (cs)

Referendum gegen das revidierte Sozialversicherungsgesetz Achtung, Schnüffler!



SOGAR IM SCHLAFZIMMER: Die Versicherungsschnüffler dürfen uns alle überwachen, auch wenn wir nur eine Grippe haben.

Wie es zum Spitzel-Freipass kam, wer das Gesetz wirklich geschrieben hat und warum es so gefährlich ist. work beantwortet die wichtigsten Fragen.



Warum das Gesetz?

Im Oktober 2016 entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass es in der Schweiz keine gesetzliche Grundlage für die Bespitzelung von versicherten Personen durch Privatdetektive gebe. Klage geführt hatte der Zürcher Anwalt Philip Stolkin für eine Klientin, die überwacht worden war. Sie erhielt vom Gericht eine Genugtuung von 8000 Euro. Als Folge dieses Urteils erklärte das Bundesgericht im August 2017 auch die Überwachung von Menschen, die IV beziehen, für unzulässig. Die Versicherungen wollten deshalb ein entsprechendes neues Gesetz.



Wer hat die aktuelle Fassung geschrieben?

Die Versicherungen gleich selbst. Ihre Lobbyisten sorgten dann da-

für, dass es in einem Affenzahn durch National- und Ständerat gepeitscht wurde. Die Bereinigung in der Frühjahrsession dauerte gerade mal eine Woche. Das ist für Bundeshausverhältnisse Lichtgeschwindigkeit.



Warum ist es so gefährlich?

In seiner von den Räten verabschiedeten Form gibt das Gesetz privaten Schnüfflerinnen und Schnüfflern mehr Kompetenzen, als sie Polizei und Geheimdienste bei der Terrorbekämpfung haben. Privatdetektive dürfen Versicherte an allen öffentlich einsehbaren Orten beobachten und abhören. Als «öffentlich einsehbar» gelten private Balkone und Gärten ebenso wie das Schlafzimmer – ausser dieses hat keine Fenster. Selbst Drohnen dürfen die Versicherungsspitzel einsetzen. Das alles kann jede beliebige Sachbe-

arbeiterin und jeder beliebige Sachbearbeiter bei einer Versicherung anordnen. Ohne richterlichen Beschluss. Einen solchen braucht es nur für die Überwachung mit GPS-Peilsendern. Das Gesetz verstösst nach Ansicht renommierter Staats- und Sozialversicherungsrechtler gegen das Grundrecht auf Privatsphäre.



Wer kann überwacht werden?

Alle! Denn die Versicherungslobby hat es geschafft, die Überwachungsbestimmungen in den allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts zu schreiben. Das tönt nach technischem Detail, hat aber massive Folgen. Denn die Bespitzelungsparagrafen gelten jetzt für alle Sozialversicherungen. Also auch für Krankenkasse und die AHV. Das bedeutet zum Beispiel: Auch wer wegen Grippe krank geschrieben ist, kann künf-

tig bespitzelt werden. Und das heisst zum Beispiel: Wer auf AHV-Ergänzungsleistungen angewiesen ist, muss künftig damit rechnen, dass der unauffällige Mann in der Kassenschlange die Lebensmitteleinkäufe ausspioniert.



Ist für Betrug, wer gegen das Gesetz ist?

Nein, natürlich nicht. Im Strafrecht gibt es schon heute den Tatbestand des «missbräuchlichen Bezugs von Sozialleistungen». Will man Überwachungen von Leistungsbeziehenden ermöglichen, die unter Missbrauchsverdacht stehen, könnte dies in der Strafprozessordnung geregelt werden. Sie müssten dann von der Staatsanwaltschaft angeordnet werden, und es bestünden Rechtsmittel. Das aktuelle Gesetz dagegen ermöglicht den Versicherungen den Aufbau eines unkontrollierten privaten Bespitzelungssystems.



Was kann ich dagegen tun?

Das Referendum unterschreiben. Unterschriftsbogen herunterladen oder direkt unterschreiben auf www.rebrand.ly/spitzelstopp.

ZUSAMMENGESTELLT VON CLEMENS STUDER

workfrage:
Finden Sie es richtig, dass die Versicherungsspitzel weitergehen dürfen als die Polizei?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: work Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch

INSERAT

Du arbeitest im Service im Kanton Bern und willst dich weiterbilden?

Progredir – eine berufliche Ausbildung für Migrant/innen im Service:

- Du bist seit mehreren Jahren im Gastgewerbe tätig?
- Du möchtest deine Deutschkenntnisse und die Anwendung der Sprache im Beruf verbessern?
- Du hast bisher keine Aus- oder Weiterbildung gemacht?
- Du möchtest einen anerkannten Berufsabschluss im Service erwerben?

Dann ist Progredir das Richtige für dich.

Interessiert?

Komm an unsere Informationsveranstaltung!

Montag, 23. April 2018, 15 Uhr

Unia Bern, Monbijoustrasse 61, 3007 Bern

Hier kannst du dich für die Infoveranstaltung anmelden und weitere Informationen erhalten:

ECAP Bern, Mara Zala, Freiburgstrasse 139 c, 3008 Bern
T +41 31 381 81 33, info@ecap.ch, www.progredir.ch

PROGREDIR

UNIA

Generalstreik-Ausstellung: Wie Büezer Studer ein Blutbad verhinderte Sie schrien: «Z Frässe füre!»

In Biel war im November 1918 der Teufel los. Fast hätte es beim Generalstreik noch mehr Tote gegeben. Das zeigt das Neue Museum Biel in einer kleinen, aber feinen Ausstellung.

RALPH HUG

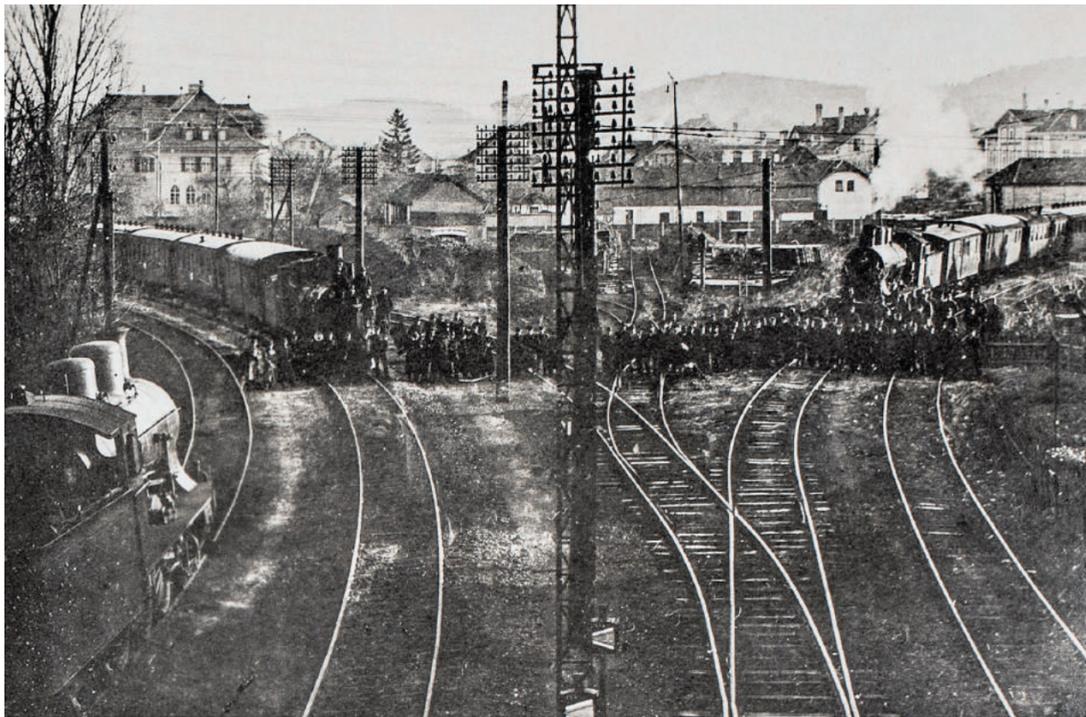
Gab es dank Weichensteller Ernst Studer in Biel keine Todesopfer? Als Mitglied der lokalen Streikleitung reagierte er als erster, als beim blockierten Zug ein Schuss fiel. Das Foto des von Demonstranten belagerten Zuges ist zu einer Ikone des Generalstreiks geworden. In den Waggonen befanden sich Nationalräte und am Steuer Streikbrecher sowie drei Wachsoldaten. Studer drang in den Führerstand ein und nahm den verängstigten Soldaten aus der Waadt, die kein Deutsch sprachen, die Gewehrverschlüsse ab. Dann eskortierte er sie durch die aufgebrachte Menge zum Bahnhof. Immer wieder rief er den Streikenden zu, nicht diese Soldaten hätten geschossen. Die Situation war hochexplosiv. «Sie hätte das Potential gehabt, als grösste Tragödie des Schweizer Landesstreiks in die Geschichte einzugehen», heisst es im Begleittext zur Ausstellung «1918 Krieg und Frieden» im Neuen Museum Biel, die von der Unia unterstützt wird.

STRASSENSCHLACHT

Auch in der Uhrenstadt war am 12. November 1918 Generalstreik angesagt. Fast alle Betriebe waren lahm-

Rechter Hetzfilm: Die rote Pest

Es ist das ultimative Machwerk der Rechten: 1938 lancierte der reaktionäre Alt-Bundesrat Jean-Marie Musy zusammen mit dem Schweizer Nazi Franz Riedweg den Hetzfilm «Die rote Pest». Der Streifen wurde in den SS-Studios in München gedreht, malt die kommunistische Weltverschwörung an die Wand und fordert zum totalen Kampf gegen den Marxismus auf. Er ist ein Produkt der nach dem Landesstreik radikalisierten Rechten. Jetzt ist er in der Ausstellung «1918 Krieg und Frieden» im Neuen Museum Biel zu sehen. (rh)



EXPLOSIV: Am 12. November 1918 halten Streikende sowie Bewohnerinnen und Bewohner der Arbeitersiedlung «Cité Marie» zwei Militärtransportzüge in Richtung Biel auf. FOTO: F. M. GAENSSLEN / NEUES MUSEUM BIEL

gelegt, selbst die Beizen hatten zu. Die Arbeiterbewegung war stark, das politische Klima aufgeheizt.

Schon im Juli hatten Hunderte trotz Demoverbot auf den Märkten gegen den Hunger demonstriert. Sie schrien: «Z Frässe füre!» Bald flogen Pflastersteine, Militär zog auf, die Strassenschlacht dauerte bis tief in die Nacht. Der Aufstand hiess wegen der militanten Jugendlichen «Jungburschenkrawall». Er kostete dem Mechaniker Edmond Jeannet das Leben – Opfer eines Querschlägers. Seither stand Biel unter dem Kommando von Militärs.

All dies macht die sozialen Spannungen deutlich, die sich im Landesstreik entluden. Doch nicht nur das: Die Ausstellung rückt auch die Katastrophe des Ersten Weltkriegs (1914 bis 1918) als Treiber der Unruhen ins Zentrum. Wohl war die Schweiz nicht direkt involviert. Dennoch starben auch Angehörige und Verwandte von Schweizer Familien in den Schützengräben Frankreichs und Belgiens. Der

Kriegshorror machte vor den Grenzen nicht Halt. Leute wie der Goldschmied Oswald Linder aus Grenchen leisteten an der Grenze im Jura Hunderte von Diensttagen. Für brotlose 3 Franken Sold pro Tag. Derweil stellten skrupellose Uhrenfabrikanten auf die Herstellung von Munition und Zündern für Granaten um. Mit den Exporten verdienten sie ein Vermögen. Der Bund verschloss die Augen. Das Kriegsmaterial erschien in der Statistik unauffällig als «eiserne Schmiedewaren».

Der Erste Weltkrieg war ein Treiber für den Streik.

Einiger, der den Streikabbruch des Oltener Aktionskomitees als Verrat an den Arbeitern einstufte, war der Schriftsetzer Ernst Jordi. In seinem Verlag gab er Schriften der russischen Revolutionäre Lenin, Trotzki und Bucharin heraus. Jordi gehörte

VERGESSENE SCHICKSALE

zu jenen, die Ende Mai 1919 in Biel die erste kommunistische Partei der Schweiz gründeten. Doch ihm behagte die Kontrolle Moskaus nicht. Jordi zog später ins Tessin und gründete dort eine Landkommune. Es sind vergessene Schicksale, welche die Bieler Ausstellung von Kurator Florian Eitel ans Licht bringt. Überhaupt lebt die Schau von den vielen lokalen Zeugnissen. Authentisch bringen sie die Dramatik der stürmischen Ereignisse zum Ausdruck. Der beherzte Einsatz von Weichensteller Ernst Studer wurde übrigens schlecht belohnt. Das sture Militärgericht verurteilte den fünffachen Familienvater zu Gefängnis und Busse. Wegen Gefährdung der inneren Sicherheit. Seine Stelle konnte er zwar behalten, aber jeden weiteren Aufstieg im Beruf vergessen.

Ausstellung **1918 Krieg und Frieden** im Neuen Museum Biel. Mit grossem Begleitprogramm. Bis Ende Dezember 2018. www.mnb.ch

Rebellisches 68 Revolution im TV

Vor 50 Jahren krachte es in Zürich. Die Globuskrawalle machten die Rebellion der 68er Generation sichtbar. Auch in andern Städten wie Bern und Basel begehrten Jugendliche gegen Bevormundung, Zwangsmoral und autoritäres Denken auf. In den Film- und



FOTO: FOTOLIA, SRF / MONTAGE: WORK

Fernseharchiven lagern viele Zeugnisse des damaligen Kulturaufstands. Jetzt kommen sie in der Reihe «1968 im Fernsehen» ans Tageslicht. Veranstalter ist Memoriam, eine Vereinigung, die sich für die Erhaltung der audiovisuellen Kultur einsetzt. Die nächsten Vorführungen mit Gästen sind in Basel, Bern, Zürich und Liestal.

Basel: 26. April, 18.30 Uhr, Stadtkino (mit Remo Gysin und Regina Wecker); **Bern:** 2. Mai, 18 Uhr, Historisches Museum (mit Ruedi Strahm und Brigitte Studer); **Zürich:** 17. Mai, 20 Uhr, Kino Xenix (mit Gertrud Pinkus und Jakob Tanner); **Liestal:** 23. Mai, 20.15 Uhr, Kino Sputnik (mit Ruedi Epple und Ueli Mäder).

Buchpräsentation Was Streik bewirkt

Die Schweiz ist nicht so streikarm wie oft dargestellt. Seit fünfzehn Jahren ist ein Anstieg von Protesten und Arbeitsniederlegungen zu beobachten: Tieflohne, Stellenabbau und Manager-Arroganz haben die Angestellten wieder kämpferischer gemacht. Und der Arbeitsfriede ist kein Heiligtum mehr. Andreas Rieger, ehemaliger Unia-Co-Präsident, hat die aktuelle Streikentwicklung unter die Lupe genommen. Im neuen Unia-Buch «Streik im 21. Jahrhundert» sind viele neue Erkenntnisse nachzulesen. Jetzt stellt Rieger sie zusammen mit Gewerkschaftsbundspräsident Paul Rechsteiner an einer Präsentation im Zürcher Sozialarchiv vor.

Sozialarchiv Zürich (direkt beim HB Stadelhofen), Dienstag, 17. April, 19 Uhr. www.sozialarchiv.ch

work1xl der wirtschaft

David Gallusser



STUDIE BEWEIST: KURZARBEIT VERHINDERT ENTLASSUNGEN

Unternehmen in der Schweiz können Kurzarbeit beantragen, wenn sie vorübergehend in eine schwierige wirtschaftliche Lage geraten. Wird sie bewilligt, können die Firmen die Arbeitszeit verkürzen, und die Arbeitslosenversicherung entschädigt den Angestellten 80 Prozent des Lohnausfalls. Mit Kurzarbeit soll verhindert werden, dass Beschäftigte in der Krise entlassen werden, die später im Aufschwung fehlen. Kurzarbeit ist umstritten. Immer wieder wird bemängelt, dass Kurzarbeit eine Subvention für strukturschwache Unternehmen sei und Entlassungen nur aufgeschoben würden. Bislang fehlten überzeugende Untersuchungen, die ein klares Urteil zugelassen hätten.

NEUE ERKENNTNISSE. Zwei Ökonomen der ETH Zürich schliessen jetzt mit einer neuen Studie diese Lücke. Sie werteten einen Grossteil aller Schweizer Kurzarbeitsanträge zwischen

2009 und 2014 aus und konnten so nachverfolgen, wie sich Betriebe mit abgelehnter Kurzarbeit von Betrieben mit bewilligter Kurzarbeit unterscheiden. Ihr Befund: Entlassungen entwickelten sich bei beiden vor dem Antrag ähnlich (vgl. Grafik). Nach dem Antrag stellten Betriebe, deren Gesuch abgelehnt wurde, deutlich mehr Beschäftigte auf die Strasse, während die Entlassungen bei Unternehmen mit bewilligter Kurzarbeit kaum zunahm. Mit anderen Worten: Kurzarbeit verhindert Entlassungen.

GROSSER EFFEKT. Ohne Kurzarbeit würden Betriebe innerhalb von drei Jahren durchschnittlich 10 Prozent der Beschäftigten zusätzlich entlassen. Die allermeisten Betriebe mit Kurzarbeit beziehen diese weder über die maximale Dauer (zurzeit 12 Monate), noch tätigen sie nach ihrem Ende mehr Entlassungen. Kurzarbeit verhindert also tatsächlich, dass Beschäftigte in die Arbeitslosigkeit

Betriebe mit abgelehntem Kurzarbeitsantrag entlassen mehr Beschäftigte



abrutschen und Unternehmen wertvolle Mitarbeitende verlieren. Darüber hinaus ist Kurzarbeit für die Arbeitslosenversicherung kostenneutral: Die Ausgaben für Kurzarbeit

entsprechen ungefähr den Arbeitslosengeldern, die sie durch die verhinderte Arbeitslosigkeit einspart.

David Gallusser ist Ökonom und Unia-Mitglied.

Fotoausstellung Flucht nach Brasilien

Rund zweitausend Schweizerinnen und Schweizer flohen 1819 vor Hunger und Elend ins Hoffnungsland Brasilien. Die gefährliche Überfahrt dauerte mehrere Monate. Nicht alle überlebten. In den Bergen nahe Rio de Janeiro liessen sie sich nieder und bauten ihre Siedlung auf. Sie hiess Nova Friburgo, und es gibt sie heute noch. Wie es dort aussieht, was die Menschen denken und wie es um ihre Identität bestellt ist, zeigt der Fotograf Thomas Brasey in seiner Dokumentation «Boaventura». Er verbindet seine Fotos in Schwarzweiss mit inszenierten Objekten und stellt damit Fragen nach Migration, Geschichte und dem besseren Leben.

Thomas Brasey **Boaventura**, Ausstellung im Coalmine, Forum für Dokumentar fotografie, Winterthur. 27. April bis 16. Juni. www.coalmine.ch



Igor Zoric
vom Service Arbeitszeit beantwortet
Fragen zu Arbeitszeit und Arbeits-
zeiterfassung. Hotline 0848 240 240

**Das
offene
Ohr**

12 workservice 13. April 2018

Zeiterfassung: Ist ein 15-Minuten-Takt erlaubt?

Ich arbeite von Montag bis Freitag jeweils von 8 Uhr bis 14 Uhr in einem Callcenter. Unsere Stempeluhr erfasst die Arbeitszeit im 15-Minuten-Takt. Komme ich zu spät, zum Beispiel um 8 Uhr 01, so bestraft mich unser Zeiterfassungssystem damit, dass es mich erst um 8 Uhr 15 einstempelt. Arbeite ich aber 10 Minuten länger, so streicht mir das System die Arbeitszeit, die über das normale Arbeitsende hinausgeht. Ist dies erlaubt?

IGOR ZORIC: Nein. Der Arbeitgeber muss die Arbeitszeit so erfassen, wie sie tatsächlich geleistet wurde. Arbeitszeit ist gemäss Arbeitsgesetz die Zeit, in der man sich zur Verfügung des Arbeitgebers halten muss. Sobald Sie einstempeln, sind Sie also am Arbeiten. Damit die



EXAKT: Die Firmen müssen die genaue Arbeitszeit erfassen und dürfen dabei nicht runden. FOTO: DPA

Behörden kontrollieren können, ob das Arbeitsgesetz in einem Betrieb eingehalten wird, muss die Länge der Arbeitszeit exakt erfasst werden. Zudem müssen beispielsweise die tägliche und die wöchentliche Arbeitszeit, geleistete Überzeit sowie Pausen von einer halben Stunde und mehr ausgewiesen werden. Manipulationen an der Zeiterfassung sind verboten. Auch wenn Überstunden im Arbeitsvertrag pauschal mit zusätzlichen Ferien oder einem entsprechend höheren Grundgehalt abgegolten werden, müssen sie exakt erfasst werden.

Weiterbildung: Was muss die Firma bezahlen?

Unser Unternehmen hat drei neue Maschinen im Betrieb installiert. Um damit arbeiten zu können, musste ich auf Anordnung des Werkleiters eine Weiterbildung besuchen. Die Ausbildung dauerte einen ganzen Tag. Ich bin zu 60 Prozent angestellt und arbeite normalerweise nur 4,8 Stunden pro Tag. Mein Vorgesetzter will mir nur diese Zeit bezahlen, obwohl die Weiterbildung 8 Stunden gedauert hat. Zudem war ich noch weitere 4 Stunden im Zug, um zum Ort der Weiterbildung und wieder zurückzureisen. Diese 4 Stunden wurden mir auch nicht bezahlt. Darf der Arbeitgeber dies tun?

IGOR ZORIC: Nein, das darf er nicht. Wenn eine Weiterbildung vom Arbeitgeber ausdrücklich angeordnet wird, dann gehört die gesamte Zeit für die Ausbildung zur Arbeitszeit. Unabhängig von Ihrem Pensum müssen die gesamte Zeit der Ausbildung sowie die dabei anfallenden Kosten wie beispielsweise Zugtickets, Verpflegung oder allenfalls Übernachtungen vom Arbeitgeber übernommen werden. Findet die Ausbildung zudem nicht im Betrieb statt, so sind zusätzlich zur Zeit der Weiterbildung auch die Hin- und Rückfahrtszeit vom Betrieb bis zum Ort der Weiterbildung als Arbeitszeit anzurechnen und zu entlohnen. Sie haben für die Weiterbildung 7,2 Stunden zusätzlich gearbeitet. Wenn im Vertrag nichts anderes steht, so muss Ihnen Ihr Arbeitgeber diese Überstunden samt dem üblichen Zuschlag von 25 Prozent ausbezahlen. Wenn Sie möchten und die Firma einverstanden ist, können Sie diese Zeit auch als Freizeit beziehen.

Berufsbildung für Flüchtlinge

Besser integriert dank der

Je schneller Flüchtlinge die Sprache können und eine Ausbildung haben, desto besser sind sie in der Schweiz integriert. Bund und Kantone lancieren deshalb zwei Projekte.

SINA BÜHLER

Damit man sich in einem fremden Land langfristig zurechtfindet, braucht es zwei Dinge: Sprachkenntnisse und Arbeit. Wenn wir die Sprachen sprechen, können wir am lokalen Leben teilnehmen und finden einfacher eine Arbeit. Durch die Arbeit sind wir finanziell unabhängig, haben einen Kollegenkreis und eine Aufgabe. Und eine anerkannte Berufsbildung erhöht wiederum die Chance auf einen Arbeitsplatz. Weil Bund und Kantone von diesen Prinzipien überzeugt sind, haben Anfang Jahr zwei Pilotprojekte gestartet: die sechsmonatige frühzeitige Sprachförderung (siehe Spalte) und die einjährige Integrationsvorlehre. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) stellt dafür 54 Millionen Franken zur Verfügung. Laut SEM-Sprecher Martin Reichlin orientiert sich das Angebot an der künftigen Berufswahl: «Die Teilnehmenden der Integrationsvorlehre sollen praktisch und schulisch möglichst gut auf eine entsprechende Berufslehre vorbereitet werden. Die Ausbildung orientiert sich am Profil des jeweiligen Berufsfeldes.»

WER?

Das Pilotprogramm richtet sich an anerkannte Flüchtlinge (B-Ausweis) und vorläufig Aufgenommene (F-Ausweis), die schon über eine gewisse schulische und berufliche Grundbildung verfügen. Das Sprachniveau sollte mindestens A2 mündlich und A1 schriftlich betragen (gemäss europäischem Referenzrahmen). Wichtig ist natürlich auch, dass die Teilnehmenden an einer anschliessenden Berufslehre interessiert sind.

WO?

Ein Grossteil der Kantone – bisher sind es 19 – führen die Integrationsvorlehre auf Sommer 2018 ein. Die endgültigen Verträge mit



WORKTIPP

UNTERSTÜTZUNG UND LINKS

Alle Informationen zur Integrationsvorlehre finden Sie unter **rebrand.ly/integrationslehre**. Erkundigen Sie sich beim kantonalen Migrationsamt, ob es Angebote in Ihrer Umgebung gibt. Unterstützung erhalten Sie auch bei der Unia: Die Interessengruppe Migration erreichen Sie unter: unia.ch/migration

dem SEM sind allerdings noch nicht unterschrieben. Kleinere Kantone, die alleine nicht genügend Teilnehmende haben, können sich zum Teil mit Nachbarkantonen zusammenschliessen.

WIE LANGE?

Die Teilnehmenden sind ein Jahr lang in der Integrationsvorlehre: zum Teil in einem Betrieb, zum Teil in der Schule. Das Ausbildungsjahr ist als Vollzeitlehrgang geplant.

WIE VIELE?

Schweizweit sollen jedes Jahr bis zu 1000 Ausbildungsplätze zur

Verfügung stehen. In mehreren Kantonen sind die zuständigen Berufsbildungsämter zurzeit noch auf der Suche nach Einsatzstellen für die praktische Ausbildung.

BRANCHEN

Die Idee kommt zwar aus der Verwaltung, das Projekt kann aber nur funktionieren, wenn auch die Wirtschaft mitmacht und Stellen anbietet. Grundsätzlich ist die Integrationsvorlehre in jedem Beruf möglich. Um überall Schulklassen bilden zu können, braucht es aber genügend Branchenverbände oder grössere Betriebe, die bereit sind, Betriebseinsätze zu ermöglichen.

Bisher hat es, je nach Kanton, in folgenden Branchen geklappt: Automobil, Bäckerei/Konditorei, Detailhandel, Fleischwirtschaft,

Gastronomie, Gebäudereinigung, Gleisbau, Landwirtschaft und Logistik.

SCHULE

Neben dem Einsatz im Betrieb besuchen die Lernenden auch die Schule, je nach Kanton etwa 1,5 bis 2 Tage in der Woche. Unterrichtet wird im Rahmen einer Berufsschule oder in Brückenangeboten.

In den Schulstunden gibt es einerseits einen intensiven Sprachkurs, mit einem besonderen Fokus auf das gewählte Berufsfeld. Welche Ausdrücke sind für den Beruf wichtig? Wie kann ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen kommunizieren? Wie spreche ich mit Kundinnen und Kunden? Unterrichtet wird ausserdem Allgemeinbildung, so dass der spätere

Drogen am Arbeitsplatz Muss ich einen

Ihre Chefin vermutet, dass Sie Drogen nehmen? Wie sie vorgehen darf, und was nicht geht.

SINA BÜHLER

Ist Drogenkonsum Privatsache? Eigentlich schon. Dennoch betrifft es auch die Firma und Ihre Kolleginnen und Kollegen. Denn wer berauscht arbeitet, ist ein Sicherheitsrisiko – für sich selbst und für die Mitarbeitenden.

FREIWILLIG. Doch wie weit dürfen die Vorgesetzten gehen, wenn sie Drogenkonsum vermuten? Sie werden wohl zuerst Beweise dafür suchen wollen, beispielsweise in Form von Blut-, Urin- oder Atemproben. Es ist also möglich, dass die Firma auf die betreffenden Mit-

arbeitenden zugeht, und ihn oder sie zum Drogentest auffordert. Dieser ist allerdings freiwillig, denn keine Firma darf ihre Angestellten zum Drogentest zwingen. Und: Verweigern Sie die Probe, darf dies keine negativen Folgen haben. Ein Betrieb kann zwar entsprechende Bestimmungen im Betriebsreglement oder im Arbeitsvertrag vorsehen – aber Sie müssen diesen zustimmen.

Drogentests müssen von einer Ärztin oder einem Arzt durchgeführt werden. Diese unterstehen der Schweigepflicht. Das heisst, die Auskunft, die sie den Vorgesetzten geben, ist nur auf die Arbeits-tauglichkeit beschränkt. Ob die Personen Drogen konsumieren oder nicht, dürfen sie nicht weiter-sagen. Wenn die Vorgesetz-



SUCHTMITTEL: Die Urinprobe ist freiwillig – wer jedoch unter dem Einfluss von Drogen arbeitet, macht sich strafbar. FOTO: ISTOCK

neuen Vorlehre



BRÜCKENANGEBOT:
Die Vorlehre will
Flüchtlingen den
Einstieg ins Berufs-
leben erleichtern.

FOTO: KEYSTONE

Besuch der Berufsschule kein Problem sein sollte. Der dritte Schwerpunkt der Schulkurse ist das Thema «Normen und Werte», um mit dem Schweizer Arbeitsmarkt vertraut zu werden. Auch hier spielt das künftige Berufsfeld eine grosse Rolle.

PRAXIS

Wie bei einer Berufslehre wird auch in der Integrationsvorlehre der Praxiseinsatz grossgeschrieben. Das heisst, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer arbeiten in einem Betrieb.

Was die Entlohnung angeht, bleibt die Vorgabe des SEM etwas vage: «Für den Betriebseinsatz ist nach Möglichkeit eine angemessene Entschädigung vorzusehen.» Laut SEM-Sprecher Reichlin wer-

den sowohl die Arbeitsbedingungen als auch der Lohn von den Berufsbildungsämtern überprüft und genehmigt. Wie die Berufslehre sind auch die Integrationsvorlehren ein Vertrag von drei Parteien: nämlich von Betrieben, Lernenden und Behörden.

ANMELDUNG

Die Sozialämter und Integrationsstellen der Gemeinden wählen geeignete Kandidatinnen und Kandidaten aus und melden sie bei den kantonalen Berufsbildungsämtern an.

Grundvoraussetzung neben gewissen Sprachkenntnissen ist der Besuch der obligatorischen Schule oder eine berufliche Grundbildung oder Berufserfahrung im Heimatland.

ZWEITES PROJEKT

SPRACHKURSE

Bevor sie einen Beruf erlernen können, müssen sich Neuankömmlinge möglichst gut in der jeweiligen Landessprache verständigen können. Der zweite Teil des Projekts von Bund und Kantonen will deshalb die Kommunikationsfähigkeiten von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen stärken. In den nächsten vier Jahren sollen 800 bis 1000 Asylsuchende an einer frühzeitigen Sprachförderung teilnehmen können.

UNSICHERER STATUS.

Im Unterschied zur Integrationsvorlehre richtet sich das Angebot auch an Menschen mit noch unsicherem Aufenthaltsstatus, die aber mit grosser Wahrscheinlichkeit in der Schweiz bleiben können. Diese Sprachkurse dauern sechs Monate und sind in einigen Kantonen bereits gestartet. Die zuständigen kantonalen Integrationsstellen oder Migrationsämter wählen unter den Interessentinnen und Interessenten jene aus, welche die grössten Chancen auf Erfolg haben: Sie verfügen bereits über eine gewisse schulische Grundbildung und sind motiviert. Die Teilnehmenden sollen weiterhin im Kurs lernen können, auch wenn sie in der Zwischenzeit einen F- oder B-Ausweis erhalten. Das Ziel des Kurses ist ein mündliches Niveau von A2 und ein schriftliches Niveau von A1 nach dem europäischen Referenzrahmen. (sib)

Drogentest machen?

ten ein akutes Drogenproblem vermuten, müssen sie die betreffenden Angestellten an einen anderen, ungefährlicheren Arbeitsplatz versetzen oder nach Hause schicken.

STRAFBAR. Tun sie das nicht, so machen sie sich sogar strafbar. Denn das Unfallversicherungsgesetz sieht vor, dass ein Betrieb alles tun muss, um Berufsunfälle zu verhindern. Strafbare machen sich aber auch Angestellte, die berauscht arbeiten. Die zum Unfallversicherungsgesetz gehörende Verordnung verpflichtet sie nämlich, die Firma bei den Sicherheitsbemühungen zu unterstützen.

Falls Vorgesetzte den Konsum legaler oder illegaler Drogen nicht als einmaligen Ausrutscher einschätzen, sondern

als Suchtproblem, dann sollten sie einschreiten. Hinweise darauf sind: plötzlicher Leistungsabfall, zahlreiche Fehler und Unaufmerksamkeiten, häufige Abwesenheit, ungläubige Erklärungen für Fehltag, Ge-

Wenn Sie berauscht arbeiten, machen Sie sich strafbar.

dächtnislücken und der Widerstand, neue Aufgaben zu übernehmen. Chefinnen und Chefs sollten in solchen Fällen ein Gespräch mit der Mitarbeiterin oder dem Mitarbeiter führen. Dort können sie beispielsweise Ziele vereinbaren, die in einer bestimmten Frist erreicht werden müssen. Mitarbeitende, die bei anderen ein solches Pro-

blem vermuten, sollten auf keinen Fall hinter dem Rücken der Betroffenen Gerüchte verbreiten. Das macht die Sache – und das gesamte Arbeitsklima – nur schlimmer.

Suchen Sie das Gespräch mit Ihrer Kollegin, Ihrem Kollegen. Fragen Sie nach, wie es ihr oder ihm gehe, und bieten Sie Unterstützung an.

KÜNDIGUNG? Ob jemandem mit einem Alkohol- oder Drogenproblem gekündigt werden darf, ist nicht eindeutig. Es kommt nämlich darauf an, wie weit das Suchtproblem die ausgeübte Arbeit erschwert. Steht nur «Drogenkonsum» in einer Kündigung, so kann sie missbräuchlich sein. Wenden Sie sich an die Gewerkschaft, falls Ihnen dies passiert ist.

DROGENPROBLEM WAS TUN?

Wie gehen Kolleginnen und Vorgesetzte mit Sucht am Arbeitsplatz um? Wie weit ist ein Betrieb für die Unterstützung der Betroffenen verantwortlich? Welches sind die rechtlichen Grundlagen? Auf dem Informationsportal der Suchtberatungen «Infoset» finden Sie ausführliche Infos und Links zum Thema: rebrand.ly/sucht. Auch bei der Unfallversicherung Suva gibt es eine Broschüre: rebrand.ly/sucht-suva.

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



HÖRVERGNÜGEN:
Beim Kauf eines
DAB-Radios lohnt
es sich, etwas tiefer
in die Tasche zu
greifen. FOTO: PD

Im Test: Nur eines der DAB-Radios klingt gut

Musik klingt auf Radios mit der neuen Technologie DAB+ nur selten gut. Das zeigt ein neuer Test der Konsumentenzeitschrift «Saldo». Testsieger war das Modell «R1 MK3» von Ruark Audio. Die Expertinnen und Experten beurteilten seinen Klang als gut bis sehr gut – und zwar sowohl für klassische Musik und Pop wie auch für Nachrichtensendungen. Dank grossen Buchstaben auf der Anzeige und praktischen Drehknöpfen ist es ausserdem einfach zu bedienen. Allerdings ist das Gerät mit 299 Franken auch das teuerste im Test. Ein Akku für den kabellosen Betrieb kostet 80 Franken zusätzlich. Die meisten anderen Radios hatten bei Musik einen genügenden bis schlechten Klang. Immerhin: Für Nachrichten reichten die meisten Geräte. Ganz durchgefallen ist beim Test das günstigste Gerät, «DAB 15» von Dual, eingekauft für rund 100 Franken bei M-Electronics. Der Klang war durchweg ungenügend, und auch der Akku lief nicht lange.

Testsieger war «R1 MK3» von Ruark Audio.

UKWADE. Die DAB+-Geräte werden in den nächsten Jahren die traditionellen UKW-Radios ablösen. Voraussichtlich 2024 wird das UKW-Signal abgestellt. Dann wird Radiohören nur noch mit der neuen Technologie oder übers Internet möglich sein. LUKAS BERTSCHI

Unia-Arbeitslosenkasse Service per SMS

Ist das Taggeld auf dem Konto? Die Arbeitslosenkasse der Unia informiert Sie sofort.

Wer eine Arbeitslosenentschädigung bezieht, muss meistens sehr genau rechnen, damit es bis zum Monatsende reicht.

Erstens, weil er oder sie nur 70 oder 80 Prozent des früheren Einkommens erhält. Zweitens, weil das Taggeld im Unterschied zum Monatslohn nicht immer gleich hoch ist. Wie es der Name schon sagt, hängt das Taggeld von möglichen Arbeitstagen ab – und die sind eben nicht in jedem Monat gleich.

Und drittens, weil die Zahlung von den jeweils eingehenden Unterlagen abhängig ist. Die Unia-Arbeitslosenkasse (ALK) kennt solche Sorgen. Sie

unterstützt ihre Versicherten seit Ende Februar aktiv: Sobald sie Geld überwiesen hat, verschickt die ALK ein SMS mit der entsprechenden Mitteilung. Und zwar selbst bei kleineren

Der SMS-Service ist bei der ALK der Unia kostenlos.

Überweisungen wie etwa der Rückerstattung von Fahrspesen. Die kostenlose SMS-Nachricht informiert Sie allerdings nur über eine erfolgte Auszahlung, nicht aber über den ausbezahlten Betrag. Trotzdem verhindert das System, dass Sie täglich Ihren Kontostand überprüfen müssen.

Für den SMS-Service können Sie sich hier registrieren: www.sms-alk.unia.ch. (sib)

workrätzel

Gewinnen Sie ein Samsung Galaxy A 3 (2017)!



Mit dem von Swisscom offerierten Samsung Galaxy A 3 (2017) im Wert von 319 Franken können Sie lesen, kommunizieren und surfen – wo und wann immer Sie wollen.

Willkommen im Land der Möglichkeiten.

www.swisscom.ch



LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 6
Das Lösungswort lautet: **OSTEREREIGNIS**



historische Hunderasse	diese Flieger sind im Kommen (work)	engstirnig	Editorial über den Hammer	riesiger Staat	was kleine Kinder mal machen	National-circus	physisch in Form	aromatische Tropenfrucht	er hilft mediz. Tieren	es, wie Tessiner sagen	Ansturm (auf Waren)
			5	Gebirge in Italien			11	die de Suisse im Juni		7	
Internet-adresse v. Luxemburg	Geburtsort der Schönglhasen (work)		einfarbig		Kelkouli ist auch so ein Mann (work)		franz.: deine (weibl.)	Verband d. Fluggesellschaften (kurz)	span.: Pilz	G...ss = das Geniessen	
				Frucht, die wir lieben				Speizer Hausberg			
er macht Lederware	knappe Randnummer		Ausdruck d. Gruselns	bestimmter Artikel		lichtes Wäldchen	Haare verlieren				Zahlwort
Variante v. Theodor	10		Haustier f. Kinder	allbekannte Blume	Zeitmesser		frei stehende Plastik				
Autokennzeichen v. Balsthal	Stadt am Alpenrhein				weibl. Vorname	6	Kanton m. Lohnkontrollen (work)	3	Papageienvogel	ärmelloser Umhang	
	Primzahl	Doppelvokal	chem. Zeichen f. Arsen	nicht amtlich				emsiges Tierchen	Staat im Baltikum		8
auf ihr fährt man	Seidengewebe m. Muster				.i.d = er bläst		work: bohrt dort Mafia mit?	Gebirge in Nordafrika			
					Salär	Edition, abgekürzt	Mann aus dem Paradies		Internet-Protocol, Abk.		er ist riesig
hist. Tasteninstrument	Haufen (von Menschen)	2	Richtlinie	Zeit der Prärieindianer	franz.: alle	9		wo man Kühe melkt			
					National Language Service		Kulturbund, kurz	sechs, in röm. Ziffern	die Hälfte v. Twenty	Masseneinheit (Informatik)	
langer, schmaler Gang	Sternbild				kurzer Samstag	sie macht muh		Raum, hoffentlich gemütlich			
			er zeigt Herzfrequenz			CH-Autokennzeichen	1	er macht Anklage klarer			
er untersucht Verbrechen						Flächenmass		4	sie quakt		

DEN PREIS, 500 Franken in Reka Checks, hat gewonnen: André Dürig, Burgdorf BE. Herzlichen Glückwunsch!

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 20. April 2018

INSERAT

Lohn-gleichheit Punkt. Schluss!

Seit 37 Jahren ist die Lohngleichheit in der Bundesverfassung verankert, seit 22 Jahren im Gesetz. Doch Frauen verdienen immer noch fast 20% weniger als Männer.

Zurzeit wird das Gleichstellungsgesetz revidiert. Die Unia fordert vom Parlament verbindliche Bestimmungen, damit die Unternehmen die Lohngleichheit endlich einhalten.

- Systematische Lohnkontrollen!
- Sofortige Anpassung diskriminierender Löhne!
- Hohe Bussen bei Verstössen!

Wir verlangen endlich Taten statt Worte!

www.unia.ch/lohnleichheit
www.facebook.com/UniaFrauen

Kämpfe mit uns am:
1. Mai | 14. Juni
22. September 2018

UNIA

WORKLESERFOTO



Schöne Aussichten

WANN 30. März 2018
WO Rieden SG
WAS Spaziergang mit Hund Stella
Eingesandt von Silvia Schmucki, Rieden SG

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, **Betreff** «Leserfoto»

WORKFRAGE VOM 29.3.2018

Digitalisierung: Braucht es bezahlte Umschulungen?

GEWERKSCHAFTLICHE TRADITION

Die «Berufspasserelle 4.0» ist eine gute Sache – und reiht sich trotz dem modernen Namenszusatz nahtlos ein in eine bewährte Tradition der Arbeiterbewegung. Denn nur Lohnabhängige, die auf der Höhe der beruflichen Zeit sind, können von den Firmenbesitzern selbstbewusst einen gerechten Teil des von ihnen erarbeiteten Mehrwertes einfordern. Die Unia-Weiterbildungsoffensive ist deshalb überaus zu begrüssen.

MORITZ BRANDENBERGER, KÖNIZ BE

LERNEN UND KÄMPFEN

Es versteht sich von selbst, dass gutausgebildete Arbeiterinnen und Arbeiter sich weniger vor Arbeitgeberwillkür fürchten müssen. Weiterbildung ist also zentral! Genauso wichtig scheint mir aber auch, dass auf der anderen Seite die Rechte der Arbeitnehmenden (zum Beispiel Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmende) weiter gestärkt werden. Es ist in unserem System halt so, dass der Profit über allem steht. Gegen die Optimierung der Gewinne der Unternehmen auf dem Buckel der Angestellten muss weiterhin entschieden angekämpft werden. Denn es bleibt dabei: im Zweifelsfall wählen die Investoren immer jene Lösung, die ihnen den schnellsten Profit verspricht. Lernen und kämpfen sind deshalb zwei Seiten der gleichen Medaille!

STEFANIE MUTZ, SCHAFFHAUSEN

WORKPOST



WORK 6 / 29.3.2018: ALPENTUNNEL - BOHRT DIE MAFIA MIT?

Die Mafia fühlt sich wohl hier

Macht weiter so mit work. Ich schätze die Kommentare von Endo Anaconda, Jean Ziegler, Riegers Europa, workedito, Rosazukunft sowie die jeweiligen Artikel wie «Bohrt die Mafia mit?». Wobei: Die Mafia ist in der Schweiz sicher schon gut unterwegs (würde mich nicht wundern).

PAUL BIND, HOCHFELDEN ZH

es ist, dass die Interessen der Arbeitnehmer gebündelt vertreten werden in der Schweiz, umso wichtiger wäre es, wenn die Unia ins Ausland expandieren und in afrikanischen, asiatischen und amerikanischen Ländern ebenfalls arbeiten würde. Macht das.

ANDREAS FRÖSCH, BERN

Überall Mafia

Wo hat die Mafia nicht ihre Finger im Spiel? Ah, und hier in der Schweiz nennen wir sie Politiker und Politikerinnen!

HENE GEISSBÜHLER, VIA FACEBOOK

Professionell

Grosses Kompliment für diese Zeitung. Sie ist witzig, professionell gemacht und inhaltlich sehr gut. Es ist wichtig, dass jemand recherchiert und die Artikel veröffentlicht, wie zum Beispiel den Artikel zur Mafia. Und die Bitte: So wichtig

Wer hat eine weisse Weste?

Gibt es eigentlich noch irgendjemanden, der nicht Dreck am Stecken hat?

DANIEL ANDRES, VIA FACEBOOK

WORK 6 / 29.3.2018: ANNEMARIE SCHWARZENBACH - EIN LEBEN IM RAUSCH

Danke für die Schätze!

Vielen Dank für den Artikel über Annemarie Schwarzenbachs Schätze! Besonders der Hinweis auf den Fotonachlass online freut uns riesig.

ROBERTO KNÜSEL UND LISBET WEBER

WORK 6 / 29.3.2018: «WIR ALLE SIND MARIELLE!»

Mord soll abschrecken

Wenn nicht angeordnet, dann ist diese Tötung zumindest angezettelt vom Politzirkel des unsäglichen Präsidenten Michel Temer. Missliebige Menschen wie Aktivistinnen und Oppositionelle werden ermordet, um ihren Mitkämpferinnen Angst einzujagen und somit ihren Einfluss auf dem politischen Parkett zu schwächen. Nur andauernde Massendemonstrationen und ein Generalstreik können diese unsägliche Regierung in die Knie zwingen – sofern sich denn das Militär auf die Seite des Volkes stellt.

RES ETTER, VIA FACEBOOK

Hoffen auf Superwoman

Super Text! Ich kannte Marielle vor ihrem Tod nicht. Erst nachdem sie ermordet worden war, habe ich über sie recherchiert und bin total

beeindruckt. Ihre Taten sind bewundernswert. Brasilianer und Brasilianerinnen werden seit Jahren manipuliert. Die Presse wird von der Regierung gekauft. Alles sehr traurig. Jetzt hoffen wir auf Batman oder Superwoman, sonst sehe ich keinen Ausweg für diese Generation

JESSICA RIBEIRO, VIA WORKZEITUNG.CH

WORK 6 / 29.3.2018: LAWROWS PECH

Was ist los, Herr Ziegler?

Dieser Ziegler-Text macht nur noch traurig. Wenn selbst solche Menschen der westlichen Propaganda auf den Leim gehen, kann man eigentlich die Aufklärungsarbeit beenden. Lieber Jean Ziegler, was ist denn los? Warum fallen Sie uns denn in den Rücken?

ALBRECHT MÜLLER, VIA WORKZEITUNG.CH

WORK 6 / 29.3.2018: CAILLER - HASEN HASEN DEN BUEZERN DAVON

Achtung, Nestlé!

Der seit Jahrzehnten umstrittene Multi Nestlé ist ein Meister darin, seine knallharten Geschäfte mit idyllischen Geschichten von lokalen Traditionsunternehmen zu beschönigen. Die von work öffentlich gemachten Machenschaften rund um die Cailler-Fabrik in Broc FR sind nur ein weiteres Beispiel. Uns Konsumentinnen und Konsumenten bleibt nur, beim Einkaufen aufzupassen, wer da hinter den schönen alten Marken steckt.

AMÉLIE NUSSBAUMER, SCHWAMENDINGEN ZH

workquiz ?

Wie gut sind Sie?

- Ökologischer Umbau**
In was investiert derzeit der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman?
 a) selbstgesteuerte Sultane?
 b) selbstfliegende Teppiche?
 c) selbststrahlende Wunderlampen?
 d) Solarkraftwerke?
- Natürliche Monopole**
Wozu ist Wasser nicht da?
 a) zum Waschen?
 b) zum Kochen?
 c) zum Privatisieren?
 d) zum Weinen?
- Kriegsmaterialexporte**
In welchem Krisenland will die Ruag eine Waffenfabrik bauen?
 a) USA?
 b) Nordkorea?
 c) Brasilien?
 d) Ungarn?
- Sucht**
Welche Droge ist am Arbeitsplatz nicht verboten?
 a) Facebook?
 b) Stress?
 c) Crack?
 d) Alkohol?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 4b ; 4c ; 4d ; 4d

**Vera Pagnoni, SDA-Journalistin
und Demonstrantin**

«Angriffe auf die ganze Branche»

An einem Tag schreibt sie über den Bundesrat, am nächsten über ein Erdbeben in Taiwan – und das alles auf italienisch: Vera Pagnoni (46) arbeitet seit 20 Jahren für die Nachrichtenagentur SDA.

ASTRID TOMCZAK-PLEWKA |
FOTOS: FRANZISKA SCHEIDEGGER

Langsam hat sie Demo-Erfahrung. Auch an diesem Donnerstag – ihrem freien Tag – war Vera Pagnoni schon an einer Kundgebung vor dem Berner Nobelhotel Bellevue. Tamedia-Chef Pietro Supino wollte dort ein Referat zur «Medienvielfalt» halten. Ausgerechnet Supino, dessen Verlag immer mehr Redaktionen zusammenlegt. Vor dem «Bellevue» protestierten Journalistinnen und Journalisten von der «Berner Zeitung», dem «Bund» und der SDA mit Supino-Masken gegen den Stellenabbau. Den echten Supino bekamen sie allerdings nicht zu Gesicht. «Er muss durch eine Hintertür gekommen sein», sagt Vera Pagnoni. Trotzdem konnten sich die Medienschaffenden zumindest in den sozialen Medien Gehör verschaffen. Es ist eine ganz neue Situation, in der sich Vera Pagnoni plötzlich befindet: Wer bei der SDA arbeitet, sucht nicht das Rampenlicht, sieht seinen Namen kaum je in einer Zeitung, verschwindet hinter dem Kürzel. Die SDA steht nicht für die grossen, aufregenden Reportagen. Sie steht für Korrektheit und Genauigkeit. Etwas böswillig könnte man sagen: Die SDA-Leute sind die Beamten unter den Medienschaffenden. Vera Pagnoni steht über solchen Vergleichen und sagt: «Ich schätze die Seriosität und dass alles geprüft sein muss.»

NIE BEREUT. Pagnoni hat in Zürich Italienisch, Spanisch und Publizistik studiert, danach bei der SDA ein Praktikum absolviert – und ist gleich dort geblieben. «Als italienischsprachige angehende Journalistin nimmst du, was kommt», sagt sie pragmatisch. «Da ich in der Deutschschweiz bleiben wollte, war das für mich eine gute Chance.»

Und sie hat ihre Wahl nie bereut – im Gegenteil: Sie schätzt die Vielfalt in ihrem Arbeitsalltag. Der italienischsprachige Dienst der SDA deckt alle klassischen Ressorts (ausser Sport) ab. So kann es vorkommen, dass Pagnoni am gleichen Tag über zwei Pressekonferenzen im Bundeshaus berichtet, internationale Agenturmeldungen bearbeitet, den Jahresbericht von Novartis zusammenfasst und schliesslich noch ein paar «vermischte Meldungen» schreibt. Zudem ist der Berufsalltag bei einer Agentur besser planbar als auf einer Zeitungsredaktion. Für die dreifache Mutter ist das ein Plus.

Ihr Job ist zwar durch den Abbau von 35 Stellen bei der SDA nicht direkt gefähr-

det. Aber natürlich gehen die Turbulenzen auch an denjenigen nicht spurlos vorüber, die bleiben dürfen. Der Arbeitsalltag sei nicht mehr wie vor dem Streik. Einerseits sei die Redaktion zusammengedrückt, andererseits herrsche eine seltsame Stimmung. «Ich komme auf die Redaktion und weiss, der wurde entlassen, oder die geht freiwillig.» Und trotzdem: «Ich staune, mit welcher Kraft und Qualität Leute ihren Job machen, die die Kündigung erhalten haben.»

SCHOCK. Als Pagnoni bei der SDA anfang, konnte sie sich nicht vorstellen, innerhalb eines Monats mehrfach für ihren Berufsstand auf die Strasse zu gehen. «Wir sind uns einig, dass die SDA sparen muss», sagt sie. «Aber wir waren alle schockiert, wie die Sparmassnahmen umgesetzt werden sollen. Plötzlich hiess es einfach: puff, 35 Stellen sind gestrichen.» Man merkt: Es war die schiere Verzweiflung, das Gefühl, immer wieder gegen eine Wand zu rennen, das sie und ihre Kolleginnen und Kollegen in den Arbeitsstreik getrieben hat. Der Schock wirkt nach: Er zeichnet sich auf ihrem Gesicht ab, wenn sie über Kollegen spricht, die nach 35 Jahren auf die Strasse gestellt werden. «Für uns waren das die Säulen der Agentur. Und jetzt werden sie praktisch weggeschmissen», sagt sie. Dass die ersten Betroffenen bereits seit Ostern ohne Job dastehen, konnte der Streik nicht verhindern. Hat sich der Kampf trotzdem gelohnt? «Es war nicht umsonst», sagt Pagnoni. Sie habe viel Solidarität erfahren und gemerkt, wie wichtig die Berufsverbände und Gewerkschaften seien. «Die Ge-

werkschaften haben unsere Redaktionskommission sehr professionell unterstützt», betont Pagnoni.

Wenn sie heute Wirtschaftsmeldungen verfasst, bei denen es um Stellenabbau geht, ist das für sie nicht mehr nur journalistisches Handwerk. «Nun ist mir viel bewusster, was das heisst», sagt sie. Und wenn sie mitbekommt, dass wieder irgendwo eine Journalistin entlassen wird, geht ihr das nahe. «Die ganze Medienbranche ist un-

ter Attacke. Das ist hart», sagt sie. Um ihre eigene Zukunft macht sich Vera Pagnoni nicht so grosse Sorgen – nebst ihrem 40-Prozent-Job bei der Agentur arbeitet sie schon jetzt als Übersetzerin und in der Kommunikation. Trotzdem nimmt die Situation sie mit: «Ich bin wütend über die Respektlosigkeit und Kälte, mit der die Geschäftsleitung agiert hat. Das ist nicht mehr die SDA, bei der ich vor 20 Jahren angefangen habe.»

VERA PAGNONI TESSINERIN IN BERN

Ihre journalistische Feuertaufe erlebte die Tessinerin 1999, als im Saxetbach im Berner Oberland 21 junge Menschen beim Canyoning ums Leben kamen. «Es war Sommer, viele waren im Urlaub, also mussten wir ausrücken», sagt sie. «Ich fand es sehr anstrengend.» Diese Erfahrung hat ihr aber gezeigt, dass sie auch unter Druck gute Arbeit abliefern kann – beste Voraussetzungen für einen Agenturjob.

KOMMUNIKATIV. Vera Pagnoni ist in Locarno aufgewachsen und lebt mit ihrem Partner und den drei Söhnen Giona (13), Elia (11) und Enea (7) in Bern. Es ist ihr wichtig, nicht nur für den Job zu leben – so hat sie sich etwa jahrelang im Verein Spielplatz Schützenweg engagiert. Obwohl auch ihr Partner im Tessin aufgewachsen ist, stand eine Rückkehr nie zur Diskussion. Bern ist ihre Wahlheimat. Ihre hervorstechendste Eigenschaft? «Ich bin sehr kommunikativ», sagt sie lachend. Wenn ihr Kopf zu voll ist von all den Informationen, die sie täglich verarbeiten muss, geht sie spazieren, liest ein Buch oder entspannt sich mit Aerobic oder Pilates. Vera Pagnoni ist Mitglied beim Berufsverband Impressum und verdient brutto rund 3400 Franken auf 40 Stellenprozente.

**AM PULS DER ZEIT:
Als Journalistin
hört Vera Pagnoni
vielen Menschen
zu, macht sich
Notizen und schreibt
die aktuellen
Nachrichten.**



**Sozialabbauer? Lohndumper?
Jobvernichter? work nennt die Namen.
Angriffig, kritisch, frech.**

work abonnieren.

**Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.**

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejosekuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincgau@workzeitung.ch; Sabine Reber, sabinereber@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden, annesophiezbinden@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Peter Bodenmann, Sina Bühler, Oliver Fahrni, Andreas Rieger, Clemens Studer, Michael Stötzel, Astrid Tomczak-Plewka, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninasseiler@workzeitung.ch; Tom Hänsel **Korrektur** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Grossebacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Cebece GmbH, Webereistrasse 66, 8134 Adliswil, Telefon 044 710 19 91, 044 709 19 20, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 92416 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.